

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Former, Klempner, Schlosser und Maschinenbauer, Selbgießer und Gütfler, Seilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 $\frac{1}{2}$ in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 16. Mai 1891.

Inserate die vierspaltige Zeitzeile ober deren Raum 20 $\frac{1}{2}$. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Die Resolution der General-Kommission.

Die General-Kommission hat ihren Organisationsplan der Öffentlichkeit übergeben und damit ist er der Kritik unterstellt. Wir halten es für unsere Pflicht, der Veröffentlichung in voriger Nummer heute schon eine kurze Besprechung des Entwurfes folgen zu lassen. Wir werden uns bei derselben nicht dadurch beeinflussen lassen, daß die General-Kommission es ist, die den Entwurf veröffentlichte, auch nicht dadurch, daß die Strich-Dunderianer bereits ihrer Freude darüber Ausdruck gaben, daß die Sozialdemokraten nun in gewerkschaftlicher Beziehung auf gewerkschaftlichem Standpunkte angekommen seien — für uns ist nur entscheidend, ob der Entwurf dazu geeignet ist, die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands auf eine höhere Stufe zu heben, ihr größere Leistungsfähigkeit zu verleihen.

Noch eine Bemerkung müssen wir vorausschicken: Die Frage der Organisation ist eine Prinzipienfrage von eminenter Bedeutung. Und in Prinzipienfragen kennen wir keinen sogenannten Standpunkt der „Parteilosigkeit“, hier muß Jeder offen und rückhaltlos Stellung nehmen. Wer das nicht thut, dessen Stimme hat überhaupt keinen Werth, sie verdient nicht gehört zu werden. Nun wohlan: Die General-Kommission hat Partei ergriffen, indem sie einen Entwurf veröffentlichte, in dem ein bestimmtes Ziel zu erstreben vorgeschlagen wird.

Kommen wir nun zu dem Plan selbst, so müssen wir bekennen, daß wir bereits vor dem Erscheinen desselben das Prinzip im Allgemeinen kannten, nach dem organisiert werden soll. Hatte der Plan unsere Sympathien schon nicht als Embryo, so jetzt noch viel weniger bei seiner Geburt. Und wir sind überzeugt, die General-Kommission wird an ihrem kinde wenig Freude erleben. —

Die projektirte Organisation gliedert sich in Zahlstellen, Zentralvereine, Unionen, General-Kommission.

Die General-Kommission sagt: „Die Grundlage der gesamten Gewerkschafts-Organisation bildet der Zentralverein der einzelnen Berufe.“ — Der Begriff „Beruf“ ist nun in Bezug auf gewerbliche Arbeit sehr unbestimmt. Er wird ebenso zutreffen, ob man sagt: „Holzarbeiter“ oder „Tischler“ zc. zc. Im Sinne der General-Kommission wäre es daher viel richtiger, zu sagen: „Spezialberufe“. Welche Konsequenzen sich aber daraus für die Organisation speziell bei der Metall-Industrie ergeben würden, wo wir mehr als ein halbes Hundert Spezialberufe haben, das wollen wir hier nicht näher ausführen.

Die General-Kommission sagt ferner, daß „an allen Orten, wo eine genügende Anzahl Berufsgenossen vorhanden zc., Zahlstellen zu errichten sind. Wo dem gesetzlichen Hindernisse im Wege stehen, sollen sich die Arbeiter als Einzelmit-

glieder den Zentralvereinen anschließen zc.“ Die Kommission empfiehlt außerdem, „an solchen Orten lokale Vereine zu gründen, eventuell in Verbindung mit verwandten Berufszweigen.“ — Wir glauben, daß das, was in dem einem Falle gut ist, im andern nicht schlecht sein kann. Wenn man einmal das System der gemischten Vereine an solchen Orten anerkennt, wo dem Anschluß an die Zentralisation Schwierigkeiten entgegenstehen, warum sind solche gemischte Organisationen dann schädlich an Orten, wo gesetzliche Hindernisse dem Anschluß an die Zentralvereine nicht entgegenstehen? Und warum sollen an solchen Orten, wo dem Anschluß an eine Zentralisation nichts entgegensteht, und wo keine genügende Anzahl Arbeiter vorhanden ist; um eine Zahlstelle zu bilden, keine gemischten Organisationen gebildet werden? — Die General-Kommission widerspricht sich hier selbst; sie hat diese Klippe auch schon gekannt, aber sie vermied es, den gemischten Organisationen im Prinzip direkt das Wort zu reden, weil sie zu ihrem ganzen Organisationsplan nicht in Harmonie zu bringen sind.

Die Aufgaben der Zentralvereine sind: „unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu wahren u. s. w.“

Daß politische und religiöse Fragen aus Zentralorganisationen fern bleiben müssen, versteht sich unserer Ansicht nach von selbst, es braucht daher nicht besonders betont zu werden. Der § 152 d. G.-O. bedingt dies auch. Wenn dieser Passus vielleicht in dem Glauben aufgenommen wurde, damit den Behörden gegenüber gebedt zu sein, so müssen wir diesen Standpunkt als sehr optimistisch bezeichnen. Denn nicht das geschriebene Statut wird von den Behörden bei der Beurtheilung zu Grunde gelegt, sondern die wirkliche Thätigkeit der betr. Organisation.

Was die besonderen Obliegenheiten der Zentralvereine anbelangt, so können wir dieselben nur im Zusammenhang mit den Obliegenheiten der „Union“ und theilweise mit denen der „General-Kommission“ besprechen. Es ist dies deshalb nöthig, weil man sonst keinen klaren Einblick in den Plan bekommen kann.

Der Leser betrachte nun zunächst die 3 Alinea's a. Wenn der Zentralverein „die Regelung der Arbeitsverhältnisse und die Beseitigung von Mißständen in den einzelnen Werkstätten bezw. Arbeitsplätzen, wie im ganzen Gewerke“ erzielen will, so wird er nothgedrungen eine diesbezügliche Agitation entfalten müssen. Nun hat aber die „möglichst planmäßige und auf gemeinschaftliche Kosten zu betreibende Agitation für die zur Union gehörenden Berufs-Organisationen“ die Unionsleitung zu übernehmen, und gleichzeitig hat die General-Kommission „die Agitation in solchen Gegenden zc. zu betreiben, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind.“

Läßt sich nun einmal so ein simpler Zentralvorstand die Idee bekommen, daß er am besten wissen müsse, wie die Arbeiter des betreffenden Berufes zur Organisation herangezogen werden können, dann wird ihm sofort die Unionsleitung in den Arm fallen und auf ihrem Schein bestehen. Und will der Zentralvorstand oder die Unionsleitung in bisher unzugänglichen Gegenden zc. agitieren, so überschreiten sie ihre Kompetenzen, denn das ist ja Sache der General-Kommission. Die Perspektive in dieser Hinsicht ist, daß sich schließlich Niemand mehr auskennt wer Koch oder Kellner ist, und daß jede Instanz frisch und frei darauf losagittieren wird.

Wir kommen zu den Alinea's b. Darnach hat der Zentralverein für „Verbreitung von Bildung unter den Mitgliedern“ zu sorgen, die Unionsleitung hat ein „gemeinschaftliches Preßorgan herauszugeben, welches so eingerichtet sein muß, daß den Interessen sämtlicher dabei beteiligter Zentralvereine Rechnung getragen wird“, und die General-Kommission gibt ebenfalls ein Blatt heraus.

Nun meinen wir, daß man solch' allgemeine Nebewendungen, wie „Verbreitung von Bildung“ nicht in ein Statut aufnehmen sollte, wenn nicht zugleich gesagt ist, wie und wodurch diese Bildung verbreitet werden soll. Das beste Bildungsmittel ist wohl zunächst ein gutes Gewerkschaftsblatt. Und insofern könnten wir uns mit einem gemeinschaftlichen Preßorgan für mehrere Zentralvereine einverstanden erklären. Doch nun lese man, wie die General-Kommission sich dieses „gemeinschaftliche Preß-Organ“ vorstellt:

„Es läßt sich aber die Einrichtung eines Blattes für die Union, welches dennoch die Interessen der verschiedenen Branchen vertritt, in der Weise machen, daß diese Blätter achtschrittig erscheinen. Vier Seiten würden dann die allgemeinen Artikel, sowie die Bekanntmachungen der Unionsleitung enthalten, während die anderen vier Seiten unter dem Namen des respektiven Gewerbes, Alles enthalten könnten, was speziell für diesen Beruf von Interesse ist.“

„Nehmen wir als Beispiel das Zentral-Organ der Holzarbeiter-Union, so würde dieses auf seinem ersten Blatt den eben genannten Namen tragen, auf dem Beiblatt aber für die in Frage kommenden Berufe den Titel „Fachzeitung der Tischler, Fachzeitung für Drechsler oder Bildhauer u. s. w.“, erhalten, und wären diese Beiblätter in der Zahl herzustellen, als die fragliche Organisation Mitglieder hat. So würde unter Berücksichtigung der Fach-Interessen dennoch eine einheitliche Zeitung mit geringen Kosten herzustellen sein.“

Mit anderen Worten: Wenn z. B. eine Metallarbeiter-Union mit Fachzentralisationen gebildet wird, der ein Duzend solcher beitreten, so wird die „Metall-Arbeiter-Zeitung“ in ihrer jetzigen Eintheilung beseitigt werden müssen. Es

gibt als „gemeinschaftliches Preßorgan“ nur 4 Seiten und für jede einzelne Fachzentralisation extra 4 Seiten als Beilage. Bei 1 Duzend Zentralisationen also genau 52 Seiten pro Nummer! Profit Mahlzeit! —

Und daß wir bei der Metallindustrie, wenn einmal das Prinzip der Fachzentralisation als „alleinsetzigmachend“ anerkannt würde, mit einem Duzend und noch mehr Zentralisationen rechnen müßten, brauchen wir nicht weiter zu erörtern.

Die Zentralvereine haben nach Alinea c „Herbergen und Arbeitsnachweise zu errichten.“ Und wenn sie diese hauptsächlichsten Institutionen kraft ihrer Autonomie einzeln und unabhängig von einander geschaffen haben, wenn Alles fertig ist, dann kommt die Unionsleitung und sucht, laut Alinea e, die Geschichte in den einzelnen Städten zu „zentralisiren“.

Nach Alinea d liegt den Zentralvereinen die „Pflege der Berufsstatistik“ ob. Wer nun der Auffassung huldigen sollte, daß der einzelne Zentralvorstand, wenn er die nöthige Intelligenz zur Pflege der Statistik besitzt, auch fähig oder befugt ist, diese Statistik zu veröffentlichen, der wird sofort belehrt, daß die „Veröffentlichung der Resultate“ der Unionsleitung obliegt. Damit noch nicht genug, wird die Statistik auch noch durch die General-Kommission befruchtet. — Hier kann man wirklich mit Quitten sagen: „Die einfachste Angelegenheit bleibt 20 Jahre in 30 Instanzen hängen.“

Eine weitere Aufgabe der Zentralvereine ist die „Unterstützung bei Arbeitseinstellungen, welche durch die Organisation auf Grund ihrer statistischen Bestimmungen beschlossen werden.“ Auch in Streitfällen müssen unter Umständen die 3 Instanzen durchlaufen werden. Daß ein solch komplizirter Apparat mit mathematischer Gewisheit verjagt, ist einleuchtend. Wenn von einer Zentralisation selbständig Streiks gutgeheißen werden können, so wird unbedingt der Fall eintreten, daß diese Organisation, falls die Unionsleitung zu gleicher Zeit eine Steuer für einen von ihr genehmigten anderen Streik ausschriebe, ihren Pflichten nicht nachkommen könnte; sie ist vielleicht selbst genöthigt, eine Extrasteuer auszusprechen.

Ueber die General-Kommission als geplante statistische Behörde wollen wir uns heute nicht weiter verbreiten, wir kommen ohnehin noch auf manche Punkte zurück.

Nach dem vorstehend Gesagten wird man über unseren Standpunkt zu dem Organisationsplan nicht verwundert sein. Wir halten ihn für vollkommen ungeeignet, der Gewerkschaftsbewegung zu nützen. Der Apparat ist zu schwerfällig und kostspielig. Gegen die Arbeitsweise einer solchen Organisation würde die Thätigkeit der weiland Bureaokratie des heiligen römischen Reiches als der Inbegriff aller Verwaltungswissenschaft erscheinen.

Es kann aber nichts anderes herauskommen, wenn man von einem falschen Prinzip ausgeht. Dieses falsche Prinzip gipfelt in der *Nur-Fach-Zentralisation*. Seiher, daß das Beharrungsvermögen der menschlichen Natur, das Festhalten am Ueberlebten, selbst auf vorgeschrittene Naturen eine unheimliche Wirkung ausübt. Die reine Fachzentralisation erinnert an das „Ding an sich“ der deutschen Professoren. Von diesem Geiste spukt etwas in dem Entwurf der General-Kommission, man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Wenn für Angehörige eines Berufes, in dem die Technik noch in den Kinderschuhen steht, ein derartiger Plan ausgeheckt worden wäre, so könnte man die Sache noch ruhig hingehen lassen, wenn man aber präntiert, daß ein solcher Plan auch für die Arbeiter vorgeschrittener Industrien anwendbar sei, wenn man den Metall-Arbeitern etwas so Zerstückeltes und dann mühsam wieder Verbundenes vorschlägt, dann müssen wir unsere Stimme dagegen erheben.

Gibt es wirklich keinen anderen Weg als den vorgeschlagenen? Nachdem man einmal selbst anerkannt hat, daß die projektierte Unionsleitung fähig ist, in die internsten Angelegenheiten eines Faches dreinzureden, wozu dann noch diesen Rattenkönig von Zentralleitungen, Unionsleitungen und Ober-Ober-Leitung? Soll etwas Leistungsfähiges geschaffen werden, dann ist Einfachheit der Organisation die erste Vorbedingung. Man will doch diese vielen Zentralverwaltungen nicht etwa um ihrer selbst willen beibehalten oder noch neue gründen? Wenn man das will, dann lasse man einfach Alles beim Alten. Dann brauchen doch die jetzt gut geleiteten und verhältnismäßig leistungsfähigen Organisationen nicht die Kosten für Organisationen tragen helfen, welche keine Existenzberechtigung haben.

Will man zu größerer Leistungsfähigkeit kommen, dann gibt es nur Eines: Auflösung aller vorhandenen Zentralisationen und Zusammenschließung der verwandten Berufe in je eine „Union“ (oder wie man's nennen will) mit einer Zentralleitung. Die jetzt existirenden Filialen der einzelnen Zentralisationen bleiben, wenn eine driliche Zusammenschließung nicht für opportun erachtet wird, in ihrer Zusammenfassung bestehen. Nur bei einer solchen Organisation ist die Einheitslichkeit der Leitung garantiert.

Als „oberste Instanz“ genügt nach unserer Ansicht ein Ausschuß, der eine Reservekasse für ganz außergewöhnliche Ausstände zu verwalten hat. Wir hassen die Vielregiererei und Vielschreiberei. Kein Zentralvorstand soll in seinen Handlungen durch Rücksichten auf eine andere Instanz behindert sein; nur so ist es möglich, von ihm jeder Zeit und in allen Dingen Rechenschaft zu fordern.

Darüber, wie mit einer Organisation nach dem Entwurf den Behörden die Breitseite preisgegeben werde, ein ander Mal.

Wir haben Eingang erwähnt, daß die Hirsch-Dunderianer über den veröffentlichten Plan ihre Genugthuung äußern. Nun ist aber, wir müssen das leider gestehen, die Hirsch-Dunder'sche Organisation noch viel einfacher als die von der General-Kommission vorgeschlagene. Man hat dort eine Instanz, die Unionsleitung, weniger. Man hat nur Ortsvereine, Generalrath als Zentralleitung des einzelnen Gewerkevereins, und Zentralrath als Verbandsleitung.

Und was speziell uns Metallarbeiter betrifft, so müßten wir uns wirklich vor den Hirsch-Dunder'schen Metallarbeitern vertriehen, wenn wir eine Organisation nur auf Grundlage der Fachzentralisation errichten könnten. Der Hirsch-Dunder'sche Gewerkeverein der Maschinenbau- u. Metallarbeiter, der die Angehörigen von mehr als

35 Spezialberufen aufnimmt, ist der einzige, der über eine nennenswerthe Mitgliederzahl, 24,000, verfügt.

Und wie sind denn die Metallarbeiter in anderen Ländern organisiert? Es ist an dieser Stelle gezeigt worden, daß die englische Metallarbeiter-Gewerkschaft keine Fachorganisation ist, sondern, daß sie eine große Industrie-Gruppe repräsentiert, daß eine große Anzahl spezieller Berufe darin vertreten sind. Auch die belgischen und französischen Metallarbeiter haben nur eine einzige Centralstelle.

Also nicht Zersplitterung, sondern Vereinigung im wirklichen Sinne sei unsere Lösung!

Die Rechtslosigkeit der besitzlosen Volksklassen in unsern sogenannten Rechtsstaaten.

III.

Den Hauptgrund dafür, daß in Europa sowohl wie in Amerika Millionen von Arbeitern dem Staate feindlich gegenüber stehen, findet Professor Menger natürlich nicht in angeblich falschen Ansichten der Arbeiter über das Wesen des Staates, sondern umgekehrt darin, daß der Staat den besitzlosen Volksklassen thatsächlich feindselig gegenübersteht, indem er „hinter der geltenden Eigenthums- und Wirthschaftsordnung steht“, bei welcher die Minder- und Nichtbesitzenden in jeder Beziehung benachtheiligt sind.

Professor Menger sagt, die besitzlosen Volksklassen und ihre Interessen seien „von den Staatsmännern eigentlich erst im letzten Menschenalter entbedt worden“. Daher käme es, daß das Zivil- und das Strafrecht, der Zivil- und Strafprozeß und die ganze innere Verwaltung „durchgreifend vom Standpunkt der Gebildeten und Besizenden aus konstruirt sind und von den Interessen der besitzlosen Volksklassen, die doch die ungeheure Mehrheit aller Nationen bilden, nur in untergeordneten Punkten Notiz nehmen.“

Nach der Ansicht eines so freibedenkenden Gelehrten, wie es Prof. Menger ist, wäre es nun gerade an der Zeit, an die Umbildung dieser alten Institutionen zu Gunsten der besitzlosen Volksklassen heranzugehen, zumal man eine solche Umbildung vornehmen könnte, wie Menger sagt, „ohne daß die Grundlagen der geltenden Eigenthumsordnung berührt zu werden brauchten.“ Er fordert zu diesem Zwecke von den Gesetzgebern, dieselben möchten mit den Vorurtheilen, von denen sie zu Gunsten der besitzenden Volksklassen besetzt sind, brechen und sich bei jeder Rechtsregel, die gesetzmäßig zu fixiren und bei allen Rechtsinstitutionen, die zu schaffen ihre Aufgabe wäre, die Frage vorlegen, wie sich dieselben in ihrer Anwendung auf die besitzlosen Volksklassen gestalten werden.

Die Reform des Zivilrechts und Zivilprozesses, deren Uebelständigkeit in Bezug auf die besitzlosen Volksklassen wir in unsern vorhergehenden Artikeln an der Hand des Menger'schen Werkes dargehan haben, scheint Menger am allerdringendsten geboten und auch gar nicht so schwer zu sein. Nach ihm müßte der Zivilrichter verpflichtet werden, jedem Staatsbürger, besonders aber dem Armen, unentgeltlich Beilehrung über das geltende Recht zu erteilen und ihm auch sonst bei der Sicherung seiner Privatrechte Hilfe zu leisten. Erst dadurch würde die juristische Inferiorität der besitzlosen Volksklassen, welche so schwer auf ihr ganzes Rechtsleben drückt, einigermaßen beseitigt werden.

Da der Staat von den Armen und Ungebildeten verlangt, daß sie das Wirrsal seiner Gesetzgebung vollständig kennen, so ist es nur gerecht, daß er denselben ermöglicht, sich diese Kenntniß auf eine ihnen zugängliche Weise zu verschaffen, und wenn die analoge Rechtsanwendung beseitigt ist, so würde es auch dem Richter

nicht schwer fallen, allen Staatsbürgern das geltende Recht zu weisen.

Zweitens müßte, wie Prof. Menger des weiteren ausführt, der Richter, wenn einmal der Kläger die Klage erhoben und der Beklagte den geltend gemachten Anspruch bestritten hat, den Rechtsstreit von Amtswegen durchführen. Wenn man den Bestizenden gestattet, sich in dem Rechtsstreit durch Advokaten vertreten zu lassen, so müßte der Richter die Gleichheit zwischen den Parteien dadurch herstellen, daß er die Vertretung der armen Prozeßpartei übernimmt.

Daß, wenn diese Vorschläge Menger's durchgeführt würden, ein wichtiger Schritt auf dem Gebiete unsrer Rechtsentwicklung im Geiste unsrer Zeit und der sozialdemokratischen Bestrebungen geschehen wäre, und juristische Uebergangsinstitutionen zu sozialistischer Rechtsgestaltung geschaffen wäre, darüber kann kein Zweifel sein, und wir sind der Meinung, daß es für die sozialdemokratische Partei Deutschlands gerathen sein dürfte, bei der demnächstigen Neugestaltung ihres Programms unter diejenigen Forderungen, die sie an den heutigen Staat stellt, neben der Forderung der Unentgeltlichkeit der Rechtspflege eine Reform der Zivilgesetzgebung im Sinne Mengers zu verlangen.

Vor 160 Jahren in der Epoche der Aufklärung und der französischen Revolution hat die Gesetzgebung in Deutschland bereits einen Anlauf zu Gunsten der besitzlosen Klassen in der von Menger angegebenen Weise genommen — in dem Prozeßgesetzbuch Friedrich des Großen nämlich und in der allgemeinen Gerichtsordnung für die preussischen Staaten war bereits die Durchführung der Zivilprozesse von Amtswegen bestimmt, und es haben die bezüglichlichen Grundzüge in Preußen auch durch zwei Menschenalter ihre Geltung behauptet.

In den Jahren 1833 und 46 ist diese der Forderung höherer sozialer Gerechtigkeit entsprechende Bestimmung aber wieder aufgehoben worden, weil sie der geschichtlichen Entwicklung, die zu Gunsten der besitzenden Klassen stattgefunden hatte, nicht entsprach und weil, so lange die preussische Gerichts-Ordnung der Aufklärungs-Epoche gewaltet und gewirkt und der Richter von Amtswegen verpflichtet war, wenigstens bis zu einem gewissen Grade die Rechte des Armen zu vertreten, — die wohlhabenden Stände einsehen gelernt hatten, daß sie, wie Menger sagt, nicht jene Ueberlegenheit über die besitzlosen Klassen hatten bei der Verfolgung ihrer Rechte geltend machen können, wenn sie ihnen ihrer wirthschaftlichen Uebermacht zu entsprechen schienen und, wie sie vermeinten, von Rechtswegen gebührte.

Die Zeiten sind nun andere geworden, die — allerdings noch wenig zahlreichen — einschrigen und nicht übelwollenden Mitglieder der besitzenden Klassen erkennen und gestehen zu, daß die Mehrheit der Völker aus Besitzlosen bestehe, welche bei der Rechtsbildung als wichtigster, weil weitaus größter Theil der Völker, in Betracht kommen müßte.

Es ist nun an den Vertretern der Besitzlosen, und das sind einzig und allein die Sozialdemokraten, für solche Forderungen, wie sie Menger stellt, einerseits das Interesse des Volkes zu erregen und Verständnis dafür zu wecken, andererseits in ihren Programmen und in den gesetzgebenden Körpern solche Forderungen zu den ihrigen zu machen und damit auf dem überaus wichtigen Gebiete der Rechtsentwicklung die besitzenden und regierenden Kreise ebenso vorwärts zu drängen, wie es bereits auf sozialpolitischem Gebiete zu gelingen beginnt.

Das alte Europa und das junge Amerika.

Die Berichte, welche sich das französische Ministerium des Außern über

die Arbeitsbedingungen in den fremden Kulturländern erstatten läßt, bringen ein sonst nicht vorhandenes Material zur Beurtheilung der industriellen Verhältnisse und ihrer ganzen Kulturwelt und bieten das zuverlässigste Material unter anderem zur Gegenüberstellung der sozialwirthschaftlichen Zustände im bisher ersten Kultur-Welttheile, in Europa, mit dem diesem als mindestens ebenbürtiger Konkurrent zur Seite getretenen Amerika.

Den besten Beweis, wie weit es unsre alte Kultur im Vergleich zur neuen amerikanischen gebracht hat, zeigen die zwei neuesten Berichte, von denen den einen der Vorkämpfer Billot in Rom über die italienischen Arbeiterverhältnisse erstattet hat, während der über die amerikanischen Verhältnisse von drei Personen abgefaßt ist, nämlich von dem juristischen Beirath der französischen Gesandtschaft in Washington, dem Marquis de Chambrun, ferner dem Generalkonsul in New-York Blcombe d'Abzac und dem Generalkonsul von Chicago Brinwaert.

Sehen wir nun einmal zu, was Herr Billot von den Arbeitern und ihren Verhältnissen in Italien zu sagen weiß.

Nach seinem Berichte gibt es in Italien 77,000 Unternehmer und 800,000 Arbeiter. Aus diesen Zahlen resultirt, daß die Arbeit in Italien sich in höherem Maße als anderwärts auf eine große Zahl kleiner Werkstätten vertheilt. Ueberall, in den verschiedensten Industriezweigen, hat sich die Produktion seit 20 Jahren zwar sehr erheblich gesteigert; so gab es z. B. 1871 nur 30,000, 1888 dagegen 50,000 in Bergwerken beschäftigte Arbeiter. In politischer Hinsicht stehen die Arbeiter mit den übrigen Bevölkerungsklassen gleich. Im Norden, besonders in Ligurien und in der Lombardei, wächst der politische Einfluß der Arbeiter von Jahr zu Jahr.

Was ihren Charakter anbetrifft, so werden sie im Großen und Ganzen als mäßig und ordentlich geschildert. In Mittel-Italien stehen die Arbeiter in politischer und wirthschaftlicher Beziehung auf tieferer Stufe. Noch schlimmer liegen die Dinge im Süden; hier gibt es viele Analphabeten und alle Arbeiter haben einen mühseligen Kampf ums Dasein zu führen; trotzdem soll keine Spannung zwischen ihnen und den Unternehmern zu spüren sein.

Die Löhne sind — mit wenigen Ausnahmen — seit 20 Jahren beträchtlich in die Höhe gegangen; und da der Preis der Lebensmittel, besonders der Realien gesunken ist, hat sich die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben. Der Arbeitsvertrag ist durchaus frei von der Einmischung des Gesetzes und der Verwaltung. Von Staatswegen sind eine Reihe von Bestimmungen betreffs der gesundheitsschädlichen und gefährlichen Fabrikationen getroffen. Eine Schutzgesetzgebung für Frauen existirt nicht; zwei dürftige Anläufe dazu haben nicht Gesetzeskraft erlangt. Dagegen gibt es ein Gesetz über die Kinderarbeit, welches die Beschäftigung von Kindern unter 9 Jahren in allen industriellen Betrieben und von Kindern unter 10 Jahren bei unterirdischen Betrieben verbietet, die Arbeitszeit der Kinder bis zu 10 Jahren auf höchstens 8 Stunden festsetzt, die Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren in ungesunden Betrieben und ferner solchen Kindern unter 15 Jahren, an deren physischer Tauglichkeit Zweifel bestehen, untersagt. Die Dauer der Arbeit für Erwachsene ist keiner Vorchrift unterworfen; sie ist eine verschiedene, dehnt sich aber durchschnittlich über 10 bis 12 Stunden aus.

Auch über die Sonntagsruhe fehlen gesetzliche Bestimmungen; doch wird am Sonntag im Allgemeinen im ganzen Königreich, mit Ausnahme der großen Städte, nicht gearbeitet.

Der Lohn wird der Regel nach wöchent-

lich ausgezahlt. Betreffs der Haftpflicht der Unternehmer bei Unglücksfällen gibt es keine Spezialgesetzgebung; die Angelegenheit fällt nur unter die allgemeinen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches. Die fakultative Unfallversicherung, durch welche man sich zu helfen sucht, hat sich als unzureichend erwiesen; so sucht man jetzt das System der obligatorischen Versicherung einzuführen.

Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern machen sich vorläufig nur noch selten geltend; es hat nur wenige und unbedeutende Streiks gegeben. Dagegen haben die auf Gegenseitigkeit beruhenden Hilfsklassen in den letzten 30 Jahren einen außerordentlichen Aufschwung genommen, ebenso ist das Genossenschaftswesen sehr entwickelt; insbesondere aber sollen sich die volkshilflichen Kreditanstalten reichend vermehrt haben.

Stellen wir nun diesem Auszug aus den Angaben des von dem Bourgeoisstandpunkte seines Verfassers trotz seiner Sachlichkeit Kunde gebenden Berichtes den über amerikanische Verhältnisse gegenüber. Im Eingang seiner Ausführungen bemerkt der Marquis de Chambrun, der den allgemeinen Teil verfaßt hat, daß die Zahl sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen — einschließlich der Iudischen — nach der Zählung von 1880 die Zahl von 17,302,100 erreichte, und daß die Vermehrung der Arbeiterklasse seit 1870 39 Proz. betragen hat, während die Vermehrung der Gesamtbevölkerung nur 30 Prozent betrug. Die Resultate der Volkszählung von 1890 liegen noch nicht vollständig vor. Die Bevölkerungsziffer war am 1. Juni 1890 auf 62,622,250 gestiegen. Nimmt man dieselben Verhältniszahlen der Vermehrung, welche für den Zeitraum von 1870—1880 ermittelt worden sind, auch für 1880—1890 an, so würde die Bevölkerung jährlich um 1,250,000 Personen, die Arbeiterklasse um 500,000 Personen zugenommen haben, während eine Zunahme von 460,000 genügen würde, um die Nachfrage zu befriedigen. Von diesen 460,000 Personen finden 44,10 Proz. als ländliche Arbeiter, 23,43 Proz. als Bediente im weitesten Sinne, 11,41 Proz. im Handel und in den dem Transport dienenden Gewerben, 22,06 Proz. in Fabriken und Gewerbebetrieben aller Art, wie in Bergwerken Beschäftigung. Die amerikanische Industrie weist auf allen Gebieten die erstaunlichsten Fortschritte auf. Die Arbeiterklasse ist in einer stetig fortschreitenden Entwicklung ihrer intellektuellen Fähigkeiten begriffen. Das System des Lehrlingswesens ist völlig aufgehoben; jeder wird selbstständiger Arbeiter, sobald es seine Kenntnisse und Fertigkeiten gestattet.

Eine Spezialgesetzgebung zum Schutze der Arbeiter ist in vielen Staaten vorhanden; diese legislativen Maßnahmen kommen zur Anwendung. Im Staate New-York z. B. besteht ein Gesetz, das die gewerbliche Arbeit von Kindern unter 14 Jahren verbietet; aber die gesetzliche Vorschrift wird in weitem Umfange nicht befolgt. Im Jahre 1870 wurde, gleichfalls im Staate New-York, ein Gesetz erlassen, welches den achtstündigen Arbeitstag proklamiert. Aber der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat der Gesetzesbestimmung eine Auslegung gegeben, welche ihre Wirkungskraft völlig illusorisch macht. Auch die mangelnde Zentralisation der Verwaltung irrt einer thatsächlich durchgreifenden Arbeitsgesetzgebung hindernd entgegen.

In sämtlichen Gesetzgebungen der Vereinigten Staaten sind nur zwei Punkte thatsächlich geregelt: die Haftbarkeit des Unternehmers bei Unglücksfällen, die aber nur dann Platz greift, wenn der Unfall durch ein Verschulden von seiner Seite herbeigeführt worden ist und gegebenen Falles gerichtlich erkämpft werden muß,

und ferner der Betrieb in gefährlichen und ungesunden Fabrikationen. In beiden Fragen stimmte die gesetzliche Regelung mit dem durch Gewohnheitsrecht geschaffenen Fortkommen überein.

Was den wirklich ausgeübten gesetzlichen Arbeiterschutz betrifft, bleibt demnach Amerika hinter vielen europäischen Staaten zurück. Dafür genügt aber der amerikanische Arbeiter in politischer und sozialer Hinsicht die vollkommenste Gleichberechtigung mit allen übrigen Bevölkerungsklassen; er hat fast eine unumschränkte Freiheit der Assoziation und Organisation; und seine individuelle Freiheit ist ihm im weitesten Maße gewährleistet. Demzufolge vermag eine staatliche Intervention nur in sehr vorsichtiger Weise sich geltend zu machen.

Soweit die französischen Berichte. Es geht daraus in deutlichster Weise hervor, wie in Italien in ökonomischer Beziehung zurückgeblieben ist. In Italien befindet sich die Bourgeoiswirtschaft fast noch in den Kinderschuhen, während sie in Amerika ihren Höhepunkt bereits überschritten hat. Und nun muß man bedenken, daß Italien das Mutterland der klassischen Kultur der alten Welt gewesen ist, daß von ihm aus unter den römischen Kaisern die alte Kulturwelt beherrscht wurde und, was besonders zu beachten ist, daß während des ganzen Mittelalters von Italien aus die katholische Kirche und ihr sichtbares Oberhaupt, der Papst, die Welt beherrscht hat. Was die römischen Kaiser und ihr Militärdespotismus in letzter Instanz den Völkern zu bringen, und was die römischen Päpste sammt dem Christentum für das Wohl der Menschheit zu leisten vermochten, das zeigt Italien mit seinen schon fast vorhistorischen Arbeiterverhältnissen, während Amerika die moderne Bourgeoisie, ihr sozialökonomisches Leistungsvermögen kennzeichnet. Daß die amerikanischen Zustände, mögen sie auch noch so verrottet erscheinen, dennoch sozialpolitisch sehr viel hoffnungsvoller sind, ist unzweifelhaft.

Von den amerikanischen Wirtschaftszuständen zur sozialistischen Gesellschaft ist nur noch ein Schritt, wenn auch ein großer und gewaltiger; zwischen den sozialwirtschaftlichen Zuständen und solchen einer bessern sozialistischen Zukunft, gähnt ein tiefer und breiter Abgrund, den zu überbrücken unabsehbare Zeit und unberechenbare Wandlungen im Völkergeschehen gehören.

Ueber den rheinisch-westfälischen Bergarbeiter-Streik,

der vor einigen Wochen ausbrach und worüber unsere Leser aus der Tagespresse unterrichtet sind, schreibt die „Zeitung der deutschen Bergleute“ in ihrer Nr. 19:

Wir können heute mit Gewißheit sagen, daß der Streik so gut wie beendet ist. Er war verloren, ehe er angefangen. Obgleich von verschiedenen Delegirten rechtzeitig eine Warnung erfolgte, war die Stimmung in der Bochumer Delegirten-Versammlung doch eine solche, daß man hätte glauben sollen, die Kameraden würden, nachdem sich sämtliche Delegirte gegen die Wieder-Aufnahme der Arbeit seitens der Streikenden ausgesprochen, nunmehr sofort einspringen und insgesamt die Arbeit niederlegen. Jedoch, wie die Warner richtig beurteilten, hatte man sich getäuscht. Der Streik hat sich nicht weit über seinen Herd ausgebreitet, man hat die Kraft unserer noch jungen Organisation überschätzt, die schändlichen Machinationen der Ultramontanen unterschätzt.

Das provokatorische Verhalten der Bechenverwaltungen war die Veranlassung, trotz aller Ablehnungsversuche und trotz aller Versuche, namentlich der ultramontanen Presse, den Sozialdemokraten die Schuld in die Schuhe zu schieben. Die

Bechenverwaltungen waren in der letzten Zeit auf das Brutalste gegen die Bergleute vorgegangen. Lohnabzüge, Bestrafungen, willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit, waren an der Tagesordnung.

So führte den Streik auf „Eintracht-Liebfrau“ eine Maßregel herbei, welche deutlich erkennen läßt, daß es nur darum zu thun war, die Leute zu reizen. Den auf der 1. Sohle arbeitenden Kameraden stand das Recht zu, um nicht behufs Seilfahrt nach der 2. Sohle hinuntersteigen zu müssen, die Fahrten zu benutzen, weil sie dann ebenso früh über Tage waren, wie die die Seilfahrt Benutzenden. Da das Fahrtensteigen beschwerlich ist, so war im Dezember 1890 die Erlaubnis erteilt, eine Viertelstunde vor Beendigung der Schicht schon abfahren zu dürfen. Plötzlich schließt man, ohne irgend Jemanden davon Mitteilung zu machen, den Schacht und stehen die Kameraden, womöglich in durchnässten Kleidern in den Querschlägen und warten, bis es gefällig ist, die Zugänge zum Schacht zu öffnen.

Ist das etwa nicht provokatorisch? Derartige Fälle könnte man, wenn es der Raum gestattete, noch Duzende anführen. Auch jetzt noch, nachdem der Streik so gut wie beendet, stellt man sich den Leuten direkt feindlich gegenüber. Nicht etwa nur die Delegirten, nein, zahlreiche Bergleute, die streikten (nach den augenblicklich vorliegenden Nachrichten etwa 4000) werden ausgesucht und entlassen; 60—100 Mann auf einmal. Sodann sperrt man einfach die Leute auf eine gewisse Zeit aus, wie Krupp auf Beche „Hannover“, welcher dekretierte, daß diejenigen, welche streikten, sich vor einer vierwöchentlichen Frist nicht wieder zur Anfahrts melden sollen. Muß man nicht daraus geradezu schließen, daß die Bechenverwaltungen den Streik weiter erhalten wollen? Das Verfahren ist die rücksichtslose Fortsetzung desselben Systems, welches den Ausstand künstlich gezüchtet hat.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Bochum wetteiferten Wattmann und Müllensiefen um die Gunst der Bergleute. Die aufgestellten Forderungen fanden beiderseitige Zustimmung und glaubte man, jetzt sei endlich die Zeit gekommen, wo die Lage unseres Standes endlich eine Besserung erfahren würde. Doch das sich zeigende Bild zerflog in Nebel, die Enttäuschung folgte auf dem Fuße. Müllensiefen, der gewählt, freute sich seines Mandats und dachte wenig an den „Bruder Arbeiter“. Diesen Umstand glaubten die Ultramontanen benutzen zu müssen, um nun für ihre Partei, den christlich-patriotischen Verband, Propaganda zu machen. Die Agitation wurde in's Werk gesetzt, die Bergleute wurden erregt. Man war sich auf genannter Seite bewußt, daß man zum Streik triebe, aber man wußte auch, daß derselbe fehlschlagen würde und dann, spekulierte man, würden unsere Kameraden dem Verband den Rücken kehren und in hellen Schaufen zu den „christl. Patrioten“ überlaufen. Am deutlichsten zeigt dieses das Verhalten des „christlichen“ Verbandes, der sich, von den ultramontanen-jeuitischen Redakteuren vorgeschoben, bald für, bald gegen den Streik erklärte.

Die Niedertracht, mit welcher die Führer des „Glück auf“ gegen Leute vorgingen, vermag nur Derjenige zu würdigen, welcher weiß, wie diese Herren geheßt und geschürt, um den Streik zum Ausbruch zu bringen. Als derselbe da war, erklärten sie, sich nicht beteiligen zu wollen, weil der Streik von sozialdemokratischen Hekern inszeniert.

Hand in Hand mit den Kohlenbaronen hatten sich die „Kameraden“ Lensing und Stöbel die Aufgabe gestellt, jetzt auf einmal unserem 60,000 Mitglieder umfassenden Verband den Garauz zu machen. Aber auch ihnen wird die Enttäuschung

nicht erspart bleiben. Der kapitalistische Despotismus, welcher den Bestlofen Alles bieten kann und die jesuitischen Umtriebe der „Patrioten“ werden die Bergleute veranlassen, nunmehr um so fester sich ihrer Organisation anzuschließen. Gerade der mißlungene Streik wird ihnen so recht vor Augen führen, daß die Organisation noch immer mangelhaft ist; auch den dem Verbanne noch fernstehenden Kameraden werden die Augen aufgehen, und sie werden einsehen lernen, daß festes Zusammenschließen das einzige Mittel ist, um die Macht des kleinen Häufleins, welches sich vom Schweiß Tausender nährt und mästet, zu brechen.

Ist auch der Streik, wie vorausgesehen war, und wie es die gesammte Arbeiterpresse voraus sagte, mißlungen, wir sehen frohen Muthes in die Zukunft und sind der Ueberzeugung, daß trotz der Bergewaltigung und hundertfacher Maßregelung unsere Kameraden fortfahren werden, unermüdet für die Organisation thätig zu sein. An alle Kameraden richten wir die Mahnung: Laßt Euch nicht betriren, ist auch das Mißlingen des Streiks ein scheinbarer Nachtheil, die Folgen desselben werden nur für uns von Vortheil sein. Man jubiliert jetzt schon, unsere Macht sei gebrochen, man wird fortfahren, in rücksichtslosster Weise unsere Kameraden zu knechten und zu treten; die „Patrioten“ werden versuchen, nunmehr gegen unseren Verband zu geifern und Euch für ihre Zwecke zu benutzen. Trauet nicht den Wölfen in Schafskleidern! Agitirt von Mund zu Mund für unsere Organisation und sucht etwa zweifelnden Kameraden begreiflich zu machen, wie der jetzige Streik künstlich in's Werk gesetzt, um uns auseinander zu sprengen. An Euch liegt es, durch rastlose, wetteifernde Thätigkeit die Zeit bald herbeizuführen, wo wir sagen können: Wir sind nicht länger gewillt, den Fuß zu küssen, der uns tritt.

Tretet Mann für Mann ein für die Zusammenschließung der Kameraden im Verband, aber nicht in einem solchen wie der christlich-patriotische, welcher frevelhaftes Spiel mit Euch treibt und Euch zu Schleppenträgern der Zentrums-partei machen will. Nur unserm Verbande liegt einzig und allein Euer wahres Wohl am Herzen.

Zur Unfallversicherung.

Der Verlust eines Auges. Trotz der vielfachen Rekursentscheidungen des Reichsversicherungsamtes, nach denen bei Verlust eines Auges eine Verminderung der Erwerbsfähigkeit des Betroffenen um 30—40 Proz. angenommen wird, bewilligen viele Berufsgenossenschaften den Verletzten nur eine Rente von nur 15 bis 20 Proz., und die Schiedsgerichte schließen sich merkwürdigerweise der von den Genossenschaftsvorständen geltend gemachten Auffassung an. Kürzlich hatte nun die Rekursabtheilung des Reichsversicherungsamtes zum zweiten Male Gelegenheit, die betreffende Frage auch von der entgegengesetzten Beleuchtung aus zu prüfen; das Resultat dieser Prüfung war aber ein Beharren bei der bisherigen Judikatur.

Der Dreher Karl Corckins zu Uslar i. S. hat im August 1889 im Alter von 45 Jahren einen Unfall erlitten, welcher den Verlust des rechten Auges zur Folge hatte. Nach der Entlassung aus der Augenklinik zu Göttingen bewilligte ihm die Nordwestl. Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft vom 8. Januar 1890 ab eine Rente von 15 Proz. der Vollrente im Jahresbetrage von M 78,60. Auf die von dem Verletzten eingelegte Berufung erhöhte das Schiedsgericht die Rente auf 20 Proz., wobei es sich auf ein vom Stadtphysikus Schmalfuß zu Hamburg eingeholenes allgemeines Gutachten bezog. Im Wesentlichen wird in

nächsten öffentlichen Versammlung verschoben, in welcher dann auch gleich die Delegierten-Wahl stattfinden soll.

Braunschweig. Auf die Erwiderung des Herrn Schmeller in Nr. 16, betreffend die Vorlesung in der Lüders'schen Blecherei, habe ich zu entgegnen: Die Platten bekamen wir in Arbeit und wurde selbstverständlich gefragt, was es dafür gebe. Es war dies am Donnerstag, den 19. Februar. Da hat uns dieser Meister Schmeller gesagt: Unser Geld sollten wir schon verdienen, und fünf Tage später hat er zu seinem Freund in der Bude, bei der Arbeit, gesagt: „Mit die mach' ich keinen Preis, die laß' mit Herrn Lüders verhandeln.“ Der gute Meister hat sich aber hernach herbeigelassen und sagte, wie wir die Platten nicht machen wollten für 1,50: „Unter Geld verdienen verstehe man auch 25 J.“ Das war am Wochenlohn, den 26. Februar. Am anderen Morgen kam Herr Lüders selbst in die Bude und sagte: „Wenn Sie den Rasten Platten fertig haben, machen Sie keine mehr.“ Folglich machten wir unseren Rasten Platten fertig und verlangten andere Arbeit, die uns aber Sch. nicht geben wollte oder nicht „konnte“, das bleibt dahin gestellt. Deshalb gingen wir am Sonnabend Morgen weg, weil wir nicht eintn wurden. Auf dem Hofe hielt uns Herr Lüders an und sagte: „Nun seien Sie doch vernünftig, ich gebe Ihnen 1,75 und überdies bin ich Ihnen doch jetzt entgegengekommen und mehr kann ich nicht geben.“ Darauf haben wir erwidert: Wenn wir, 8 Mann, von Morgens halb 7 Uhr bis Abends halb 9 Uhr arbeiten und machen 6 Platten und wollen 2 M haben, das doch nicht zu viel ist bei der Einrichtung bei Herrn Lüders. Den Morgen haben wir uns aber weiter nicht verständigt, sondern sind am Abend hingegangen und haben unser Geld geholt. Und da frugen wir Herrn Schmeller, ob wir Herrn Lüders mal sprechen könnten. Herr Schmeller gab uns zur Antwort, Herr Lüders sei ausgegangen, und: „was wollt Ihr denn?“ Da gaben wir dem Sch. zur Antwort, wir hätten uns das überlegt und wollen mal versuchen, die Platten für 1,75 zu machen. Darauf erwiderte Sch.: Dann kommt morgen Sonntag um 11 Uhr, ich werde jedenfalls auch da sein. Auch muß noch erwähnt werden, daß Herr Lüders am Sonnabend Morgen sagte: Wenn Sie die Platten nicht für 1,75 machen, dann gebe ich andern Formern, die sie mir machen, 8 M. Darauf habe ich noch gesagt, wir wollen ja nur 2 M haben. Also war die Unterredung nicht hinter dem Rücken des Herrn Sch., nein, ich denke, der gute Mann war überhaupt nicht kompetent dazu, mit uns darüber zu verhandeln. Wir waren Sonntag Morgens um 11 Uhr da und erklärten Herrn Lüders, wir könnten das ja versuchen für 1,75, und Herr Lüders stellte allerhand Bedingungen, 1 Arbeitsmann und 2 Jungen. Die letzteren hätten uns bloß im Wege gestanden. Unter Anderm frugen wir Herrn Lüders, wie es denn mit den 88 gemachten Platten stünde, wo wir doch nur 1,50 dafür bekommen hätten. Da kamen wir aber verkehrt an. Herr Lüders sagte ganz einfach: „Nun fangen Sie da nicht wieder davon an und gehen Sie am Montag an ihre Arbeit und dann ist es gut.“ Wir sind am Montag zur Arbeit hingegangen, haben aber nicht weiter gearbeitet; indem wir der Meinung waren, daß uns doch Unrecht geschah, gingen wir zum Stadthaus und verlangten 14tägige Entschädigung, die wir auch wohl bekommen hätten, wenn wir den Sonntag nicht bei der Unterredung gewesen wären. Statt daß wir nun Entschädigung bekamen, verlangte Herr Lüders welche, indem er angab, wenn er jetzt die Platten machen lassen würde, sehe er sich genötigt, 2 M zu bezahlen; und er verlangte für die Platten, die erst noch gemacht werden sollten, für das Sch. 25 J Entschädigung, was auch vom Schiedsrichter für recht befunden wurde. Also das nennt man Humanität üben; uns wollte man nicht 50 J und auch nicht 25 J geben, die 25 J hatten wir doch zu beanspruchen. Dafür mußten wir Herrn Lüders 25 J geben, indem wir ein neues Arbeitsverhältnis eingegangen gewesen wären. Unser Urtheil war: wegen Kontraktbruchs Jeder 6 M Entschädigung. Und was die Unwahrheiten anbelangt, so möchte ich das mir sehr verbieten von dem Herrn Sch., ich konnte keine gesagt haben, indem ich leider in der Versammlung nicht erscheinen konnte, als die Vorlesung besprochen wurden. Was das Vertrauen anbelangt, da kann ich beruhigt sein; aber das Vertrauen zu Herrn Sch. ist wohl einem jeden Kollegen und Arbeiter bekannt. Herr Sch. hat 1887 auch die Arbeit hingenommen und ist als Meister wieder hineingekommen. Ernst Heberle.

Greifeld. In Bezug auf die Korrespondenz von Genstrich in Nr. 16 erhielten wir eine lange Zuschrift des Former-Vereins Greifeld, woraus wir diejenigen Punkte wiedergeben, welche eine Berichtigung der Ausführungen von Genstrich darstellen. In dem Schreiben heißt es:

1) Der Former Joh. Funke ist schon seit 2 Jahren aus dem hiesigen Former-Verein ausgeschlossen, weil er seinen Verpflichtungen gegen den Verein nicht nachgekommen ist, trotzdem er zu wiederholten Malen zur Erfüllung derselben aufgefordert wurde. 2) Der Former Binder ist aus dem Verein ausgestreift, weil ein von ihm gestellter Antrag auf Errichtung eines Arbeitsnachweises von der Versammlung abgelehnt wurde. Die Kollegen erkannten die Wichtigkeit der Sache an, es wurde aber geltend gemacht, daß unter den hiesigen Verhältnissen, wo die Former die einzig organisierten Arbeiter der Metallbranche waren, der Zweck des Arbeitsnachweises nicht erreicht würde, da ja selbst in großen Städten mit starken Organisationen die Arbeitsnachweise nur schlecht fungieren. Es würde, so wurde ausgeführt, das Ins-Leben-Rufen einer solchen Institution uns unter den jetzigen Verhältnissen nur allerlei Scherereien auslösen, ohne einen Erfolg zu erzielen. Darauf erklärte Binder in der Versammlung sofort seinen Austritt. Es ist nun wohl selbstverständlich, daß solche Kollegen allerlei Gerüchte z. ausstreuen. Ob Binder: It hat oder nicht, haben wir nicht bestritten, er hat nur keinen Vorstandsmitgliedschafts- oder Weiterbeförderung angeboten. Uebrigens ist es geradezu unfinnig, zu verlangen, daß wir, die wir hier noch Kollegen zu unterstützen und auch noch einen Prozeß zu führen haben, der auf das Konto des Streiks zu setzen ist, Geld nach auswärts schicken sollen. Wir werden es wieder thun, wenn hier Alles geregelt ist. Ferner müssen wir noch hinzufügen, daß zu dem Streik jeder Vereinskollege pro Woche 50 J Extrasteuer zu entrichten hatte. Was die Abrechnung betrifft, so wäre dieselbe längst erfolgt, aber durch den ausstehenden Prozeß ist dieselbe noch verschoben worden was auch dem Vertrauensmann Schwarz mitgeteilt wurde. Betreffs der 120 M ist zu bemerken, daß dieselben zur Zeit des Streiks nicht vorhanden waren, es ist dies ein Ueberschuß von 2 Kränzchen, die wir abhieten. Wir waren zu diesem Schritt einigermaßen genötigt, weil wir stets mehr Fremdenunterstützung ausgaben als Beiträge einnahmen. Deshalb sind uns die beiden Kränzchen sehr zum Nutzen gewesen, obwohl sie auch das Mißfallen des Herrn Genstrich und Genossen erregt haben, was uns aber höchst gleichgültig sein kann.

Glimshorn. Eine recht nette Ordnung scheint in der Maschinenfabrik und Eisenblecherei in dem uns nahe gelegenen Hofe bei Herrn Braslow zu sein, denn nach den Angaben der dort arbeitenden Kollegen scheint es da bei geringem Lohn und schlechter Kost auch noch Schläge zu setzen. Der Sachverhalt ist folgender: Vor einiger Zeit arbeiteten bei oben genannter Firma zwei Former, welche dort zugleich auf Kost und Logis waren und 8 M Lohn per Woche bei 13 1/2 stündiger Arbeit erhielten. Am 30. April entspann sich nun ein kleiner Streit beim Mittagessen, indem ein Kollege zu einem Beihilflichen sagte, er sollte sich doch etwas anständig beim Mittagessen betragen, worauf der Junge eine freche Antwort gab. Durch den Wortwechsel aufmerksam gemacht, kam nun der elne Sohn des Prinzipals herbei und mit den Worten: „Ihr müßt Euch mit den Beihilflichen vertragen“ sprang er auf den Kollegen zu und würgte denselben am Hals, riß ihm das Hemd vom Leibe und ver setzte ihm noch einige Blöße und Stöße. Während nun der eine Kollege gleich seinen Fremdzettel erhielt, verlangte der Prinzipal von dem andern jedoch die gesetzliche Kündigung, freist, dem derselbe aber nicht Folge geleistet hat, weil er in Folge dieses Vorganges ja nicht wissen konnte, ob er am andern Tage nicht auch seine Schläge erhielt. Wir ersuchen nun alle Former, den Jaguz nach Horst strenge fern zu halten, indem wir die näheren Schritte veranlassen werden. Die Fabrik besteht überhaupt nur aus Vater und zwei Söhnen, von denen der eine Schlosser ist und der andere Modelle macht, außerdem sind noch 1-2 Former und 5-8 Schlosserlehrlinge dort.

Solzern. Da man von Solzern lange nichts gehört hat, könnte es ist den Anschein haben, als wenn uns Alles nach Wunsch und Willen ginge. Das ist aber nicht der Fall, denn die Arbeit ist sehr knapp, und was dann gewöhnlich immer darauf folgt, geschah auch hier: es „können“ die „hohen“ Preise nicht mehr gezahlt werden wie bisher, weil der Guß zu theuer wird, und daran sind Nos die „hohen Löhne“ Schuld. — Auch laufen fortwährend Offerten von Kollegen ein, welche hier Arbeit nehmen möchten. Hier sei bemerkt, daß derartige Gesuche doch auch an unseren Vorsitzenden Gustav Fleischer, Langestraße 111, Greifmann, gerichtet werden könnten, anstatt an den Meister oder in's Komptoir, da wir sonst noch mehr gedrückt werden, indem uns gesagt wird: „Wenn Sie für den Preis nicht arbeiten wollen, dann lassen Sie's bleiben, wir können Former genug bekommen.“ Es würde vielleicht schon Mancher das Wort gesucht haben, aber es sind hier nur ver-

heiratete Leute, welche ihren Aufenthalt so schnell nicht wechseln können, sich aber der Hoffnung hingeben, daß auch wieder bessere Zeiten kommen werden, welche unsere Existenz nicht so gefährden wie die gegenwärtige.

Wien. Die Former Deutschlands werden hiermit dringend gewarnt, den Versprechungen eines gewissen Herrn Gahn in Stockerau bei Wien Folge zu leisten, da derselbe statt seinen Versprechungen (10stündige Arbeitszeit und guten Lohn) 14-16stündige Arbeitszeit hat und bekanntlich sehr schlecht zahlt. Es wären ja in Wien bacirende Former genug, welche bei Herrn Gahn arbeiten würden, wenn die Verhältnisse bei ihm besser wären. Bei Herrn Gahn wird um 7 oder 8 Uhr Abends erst angefangen mit dem Gießen. Also nicht hereinfallen.

Selbsteher und Gürtler.

Leipzig. Der Fachverein der Selbsteher, Gürtler und Metallbreher hielt am 25. April seine statutenmäßige General-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1) Organisationsfragen. 2) Diskussion. 3) Verschlebens- und Fragelasten. Nachdem der Vorsitzende auf die Vereintigungen der Arbeiter hingewiesen und angeführt, daß mit einzelnen Vereinen gegen das Großkapital nicht mehr anzukämpfen sei, und daß es an der Zeit sei, einer allgemeinen Metallarbeiter-Vereinigung näher zu treten, wies derselbe auf die großen Arbeitgeber-Verbände hin, welche ebenfalls nicht nach Berufen organisiert sind, sondern einfach die Klasse der „Arbeitgeber“ vertreten (Fritz Kühnemann). Nachdem sich mehrere Redner dafür und dagegen ausgesprochen, wurde beschlossen: „Die Auflösung des Vereins und Anschluß an den allgemeinen Metallarbeiter-Verein“ auf die nächste Tagesordnung zu setzen, und dieselbe im „Wähler“ bekannt zu geben. Nachdem im 2. Punkte über den Entwurf einer Metallarbeiter-Union diskutiert und derselbe für gut befunden wurde, wurde im 3. Punkte beschlossen, am 8. Mai einen Ausflug nach Böhlig-Gröbenberg zu unternehmen. Die Kollegen werden auf den Vereinsbeschluss vom 14. März aufmerksam gemacht (Wiertelstagslohn betr.). — Da Kollege Brinze seinen Posten als Delegierter zum Gewerkschafts-Kartell, sowie den Arbeitsnachweis niederlegte, so machte es sich nöthig, einen anderen Delegierten zu wählen; der Arbeitsnachweis wurde einstweilen Herr Gust. Böhring, Eldonienstr. 31, IV, übertragen. Die Kollegen, welche offene Stellen wissen, sowie solche, welche ohne Stelle sind, wollen dies bei Obengenannten melden.

Klempner.

Braunschweig. Am 5. Mai fand im „Bayerischen Hof“ eine öffentliche Klempner-Versammlung statt. Nachdem über Aufbringung der Delegiertenkosten debattiert war, wurde beschlossen, einen Vertreter nach Frankfurt zu entsenden. Bei der Statutenberatung wurden mehrfach Abänderungsvorschläge gemacht, wofür sich aber die Versammlung nicht erwärmen konnte, da eine präzisere Form einiger Paragraphen nur Wortklaubererei bedeute. Der § 6 über Unterstützungen wurde mißfällig kritisiert, da die Gesamthöhe der zu zahlenden Gelder eine zu niedrige sei und auch die sonstigen Fassungen wenigen praktischen Werth besäßen. Wegen vorgerückter Zeit mußte die Debatte abgebrochen werden und wurde hierauf Kollege Schwenn als Delegierter gewählt.

Berlin. In Nr. 19 befindet sich eine angeblige Berichtigung des Versammlungsberichts in Nr. 17, in welcher behauptet wird, daß eine Kritik über den Aufruf der Vertrauensleute der Metallarbeiter Deutschlands überhaupt nicht stattgefunden hätte. Ich Unterzeichneter erkläre, daß ich fraglichen Versammlungsbericht geschrieben habe und bin der Meinung, wenn zwei Redner gegen diesen Aufruf sprachen, das doch wohl eine Kritik ist. Wenn aber 3 Redner für diesen Aufruf sprachen, so ist immer noch nicht gesagt, daß die Versammlung mit lehteren einverstanden war. Daß dieselbe nicht den lehtgenannten Rednern zustimmte, geht aus folgender Resolution hervor, und ich stelle den Lesern es selbst anheim, sich ein Urtheil darüber zu bilden. Die Versammlung erkennt die Gründe, welche die Vertrauensleute in dem Aufruf an die Metallarbeiter anzuführen, an, hält es jedoch für die Pflicht jedes Sozialdemokraten, jede Heuchelei zu vermeiden, selbst dann, wenn dadurch das Koalitionsrecht zu Grunde gerichtet würde.“ Ich kann nicht glauben, daß die Berliner Klempner mit der Annahme dieser Resolution nicht gewußt haben, was sie thaten; meiner Ansicht nach ist dieselbe gegen den Aufruf der Vertrauensleute. Man hat deshalb noch keine Anknüpfung nach den Vertrauensmännern geworfen. Jedenfalls aber darf man seine Meinung auch noch kund geben. — Ferner gebe ich noch bekannt, daß ich diesen Versammlungsbericht nur in den „Vorwärts“ geschickt habe, ich hatte es Streittigkeit halber unterlassen,

den selben nach der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu schicken. (Der Bericht ist uns in Form eines Auschnitts aus dem „Vorwärts“ zugesandt worden. Red.) Der Einsender der „Berichtigung“ hätte wenigstens auch wissen müssen, daß ich nicht Vertrauensmann der Provinz Brandenburg bin, sondern nur der Schriftführer des Vereins der Klempner Berlins war.

Mag. Bräuer, Fürstenstr. 10, IV. Hlenzburg. In der Generalversammlung des Klempnervereins am 8. Mai wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: J. Kallenberger als 1. Vorsitzender, J. Stapelsfeld, Löpferstr. 4, als 2. Vors., (bei demselben ist auch das Geschert abgehoben) Feldler als Schriftführer G. Fentschel Nordstr. 143, als 1. Kassier, Christen als 2. Kassier.

Frankfurt a. M. Der Fachverein der Spängler und Installeure hielt am 25. April eine Generalversammlung ab. In dieser Versammlung hielt Herr Bod, Direktor der gewerblichen Fortbildungsschule, einen Vortrag über dieses Institut. Vor allen Dingen hob Herr Bod das Zeichnen hervor und erläuterte die verschiedenen Methoden der Zeichenlehre. Auch wurde darauf hingewiesen, welchen Nutzen das Zeichnen für den Handwerker habe und wie vielfach es jetzt von den Arbeitern verlangt wird. Nach Beendigung des Vortrages wurden verschiedene an Herrn Bod gerichtete Fragen beantwortet. Bei Punkt 2 der Tagesordnung erstattete der Kassier den Kasfenbericht. Dem Kassierer, sowie dem gesamten Vorstand wurde Decharge ertheilt. Bei Verschlebensverlas der Vorsitzende einen Brief von dem Barbiere- und Friseurgehilfenverein, in welchem dieselben um Unterstützung ihrer Forderung betreffs Sonntagsruhe bitten. Hierüber wurde eine Resolution einstimmig angenommen. Da diese General-Versammlung im Hofe des Herrn Kühneler tagte, und da in diesem Hofe am 11 Uhr Feierabendstunde ist, wurde diese Generalversammlung um 11 Uhr von dem überwachenden Wachtmeister mit den Worten: „Ich lasse die Versammlung hiermit auf“ aufgelöst. Die Versammlung war von 80 Mitgliedern besucht, aufgenommen wurden 11 Kollegen.

Süppingen. Der Streit ist Thatsache geworden; lange haben die Arbeiter von Schauflier u. Saffit sinend am Scheibewege gestanden; die größten Injustizungen und Herausforderungen, an welchen es in den letzten Wochen nicht mangelte, wurden in dem Bewußtsein, daß die Geschäftsfrage zur Zeit eine ungünstige ist, und daß zur Waffe des Streiks nur in dem alleräußersten Falle gegriffen werden darf, ruhig hingenommen — aber alles hat seine Grenzen, und Selbstmord wäre es gewesen, wenn wir länger zugehört hätten, wie man systematisch unsere Fachvereine zu Grunde richtet, wie man einem nach dem andern der bekannteren und tüchtigeren Genossen kündigt und ihn auf's Pfaster wirft. So kam es denn, daß endlich selbst diejenigen, welche bisher Retts vom Streik abriethen, zu der Einsicht gelangten, daß — wollte man nicht die ganze sachgewerbliche Bewegung am hiesigen Platze auf's Spiel setzen — nichts mehr retten könne als der Streik, und so in der großen Arbeiter-Versammlung im „Dreikönig“ der Streik fast einstimmig beschlossen. An der Spitze der aufgestellten und schriftlich eingereichten Forderungen steht, daß die Kündigungen der verheirateten Arbeiter zurückgenommen werden, und daß der Streikfriede der Fabrik, der die Arbeiter in hinterlistiger Weise verleumdete, der Glasnermeister Wegel, entlassen werde. Dieser Mann hat es verstanden, die Prinzipale der Firma, die im Grunde ihres Herzens human und menschenfreundlich sind, was sie in früheren Jahren oft genug bewiesen haben, indem sie ihre Arbeiter nicht als Sklaven und willenslose Werkzeuge ansahen, derart zu beeinflussen, daß man mit Fug und Recht sagen kann: in der Fabrik gilt nur der Wille des Wegel, und unter Prinzipal thut, was dieser ihm in's Ohr bläst. Schon die Vergangenheit dieses Wegel sollte unsere Fabrikherren stutzig machen; denn derselbe hat vor 3 bis 4 Jahren fast jeden Montag einen „Lauen“ gerissen, was in ganz Süppingen bekannt war, und auch seine sonstige Aufführung war derart, daß die Arbeiter ihm heute noch kein Vertrauen schenken können. Ein ehrlich und moralisch tauftester Mann ist ihm ein Dorn im Auge; er braucht willenslose Werkzeuge, gefällige Kreaturen, die Schergen Dienste leisten. Deshalb mußte auch der frühere Metallbrückermeister Majer, ein Ehrenmann durch und durch, den Platz räumen und so muß in der Zukunft jeder Arbeiter und Angestellte weichen, wenn er von der Gnadenhand des Herrn Wegel nicht mehr besitzten wird. Der neue Metallbrückermeister Hammer, den ich Herr Wegel von Geislingen importirt hat, schlug sofort andere Bahnen ein als sein Vorgänger, da hatte der Wegel einen guten Griff gemacht, denn im Schleichen und Schlitzen leistet Hammer annehmend das Gleiche, wie sein Vorbild. So kam es, daß auf einmal gute

Metallarbeiter, die unter Major 50 bis 60 M verdient hatten, jetzt nur noch 30, ja sogar bloß 15 und 12 M in 14 Tagen verdienten. Jeder Fachmann weiß, daß es ein Meister in der Hand hat, selbst wenn die Abgabe nicht reibungslos verläuft (durch kleine Abfälle zc. zc.) solche Abnormitäten wie hier angegeben herbeizuführen. Aber die besten Arbeiter, das heißt die frei und unabhängig denkenden, die sozialdemokratischen, die müssen bestraft und die Speichellecker, Denunzianten und Schmarotzer durch guten Verdienst belohnt werden, so lautet das famose von Herrn Schaffner u. Saffit akzeptierte Rezept des Herrn Wegel. Wir aber sagen, durch solche Praktiken kann man ein Geschäft zu Grunde richten, denn die sozialdemokratischen Arbeiter sind die intelligentesten, die fleißigsten und tüchtigsten, und derjenige Fabrikant, der nicht nach der politischen Gefährdung seiner Arbeiter, sondern nur nach ihrer Leistungsfähigkeit fragt, wird sich immer am besten stellen, er wird sich nicht nur der allgemeinen Hochachtung erfreuen, sondern er wird auch den heutigen drückenden Konkurrenzverhältnissen am besten Stand halten können; die Entlassung oder der Abgang langjähriger guter Arbeiter ist für jedes Geschäft ein Verlust, oft viel größer, als es auf den ersten Blick erscheint, und daß die sozialdemokratischen Arbeiter die besten sind, das hat Herr Schaffner früher selbst zugegeben. Und nun die Hand auf's Herz, Ihr Herren: Kann ein Familienvater mit 12 bis 15 oder auch 30 M in 14 Tagen bei dem zeitigen Stand der Lebensmittelpreise und den Wohnungsmietpreisen auskommen? Nein, das kann er nicht, und deshalb sollte man unsere Beschäftigten anerkennen, indem wir nicht einmal eine Lohnerhöhung verlangen, sondern nur eine gerechtere Verteilung der Arbeitsarbeiten und eine anständigere Behandlung. Aber so wenig die Tage das Maulen läßt, so wenig wird Herr Wegel seine geschilberten Eigenschaften ablegen, nicht früher wird Ruhe und Frieden in der Fabrik eintreten, bis derselbe seinen längst verdienten Laufpaß erhalten hat, und nicht früher werden die Arbeiter in die Werkstätten zurückkehren, bis diese Forderung erfüllt ist, und sollten Monate darüber vergehen. Wir werden fest stehen und aushalten; das Vertrauen auf unsere gerechte Sache und das Bewußtsein, daß die organisierte Arbeiterschaft hinter uns steht, daß die Sympathie aller ehrlich Gesinnten mit uns ist, wird uns sicher zum Siege führen.

Hannover. Am 2. Mai hielt der Klempner-Fachverein seine halbjährliche Generalversammlung ab. Die Abrechnung des letzten Halbjahres ergab: Einnahmen 226 M 13 S, Ausgabe 174 M 8 S, Kassenbestand 52 M 5 S. Dieselbe wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassier Decharge erteilt. Folgende Kollegen wurden in den Vorstand gewählt: als 1. Vorsitzender H. Eichellant, als 2. Vorsitzender G. Weinländer, als 1. Kassier A. Sargenfen, Neunfrage 14, als 2. Kassier P. Werner, als 1. Schriftführer G. Höppler, als 2. Schriftf. F. Wünn, als Revisoren A. Wildhagen und A. Braun. Ferner wurden für den Arbeitsnachweis Th. Pöhl und A. Gausche gewählt. Dann wurde beschlossen, sich zahlreich an der Maifeier zu beteiligen und 1/4 des Tageslohns vom 1. Mai abzugeben. Bei „Verabschieden“ wurde vom Kollegen Wildhagen der Antrag gestellt, aus der Vereinskasse 15 Mark zu neuen Büchern für die Bibliothek zu bewilligen, was einstimmig angenommen wurde.

Metall-Arbeiter.

Ingolstadt. Am 25. April tagte hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung behufs Delegiertenwahl und Stellungnahme zum Frankfurter Kongreß. Nach einer längeren Debatte, in der man sich durchwegs für eine allgemeine und gegen Branchenzentralisation aussprach, wurde Jürgen als Delegierter und Frisch als Ersatzmann gewählt und die Meinung der Versammlung in folgender einstimmig angenommenen Resolution wiedergelegt: „Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, tagend im Lokale zum „Paritätswirt“ erkennt nur eine allgemeine Zentralisation der Metallarbeiter gegenüber den Unternehmerverbänden für widerstandsfähig an und verpflichtet, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß auf dem zum 1. Juni nach Frankfurt a. M. einberufenen Metallarbeiter-Kongreß eine solche in's Leben gerufen wird. Gleichzeitig beschließt die heutige Versammlung, als Delegierten den Kollegen Emil Jilgen, Ingolstadt, zu wählen, welcher sich verpflichtet, die Metallarbeiter-Schaft Ingolstadt in diesem Sinne zu vertreten und nach stattgefundenem Kongreß in einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung Bericht über denselben zu erstatten.“ Sodann wurde vom Vorsitzenden die Versammlung befragt, in welcher Weise die Mittel aufzubringen seien; man einigte sich, mit dem Delegierten einen Vertrag abzuschließen, daß der Delegierte sich verpflichtet, nach der eingegangenen Resolution zu wirken,

andererseits verpflichtet sich die Versammlung, den Delegierten zu entschädigen. Zu diesem Zweck wurde von jedem Anwesenden ein Beitrag von 25 S erhoben.

Wochenheim. Am 9. Mai hielt der Fachverein der Metallarbeiter eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der auf der Tagesordnung befindliche Punkt: „Statutenänderung“ wurde nach dem vom Vorstande gemachten Vorschlage erledigt und einstimmig angenommen. Hierauf hielt W. ein Vortrag über die Entwicklung des Kapitals, wofür ihn reichlicher Beifall belohnte. Im Verabschieden wurde eine Einladung des Fachvereins der Metallarbeiter zu Festschmaus verlesen; der Verein feiert Montag, den 18. Mai, am 2. Pfingstfesttage im „Gasthaus zur Krone“, Nachmittags 4 Uhr, sein erstes Stiftungsfest. Da diese Einladung allgemeinen Beifall fand, so machen wir hiermit bekannt, daß der Abmarsch der Beihelligsten am Montag, den 18. Mai, Mittags 1 Uhr, von unserem Vereinslokale aus stattfindet. Ein zweiter Brief enthielt eine Aufkündigung unseres Vereinslokales; als Grund hierzu hatte der Wirt den großen Besuch, den er zur elektrischen Ausstellung erwartet, angegeben. Da der Wirt sich nicht geschämt hat, einem so starken Verein, durch den er stets eine gute Einnahme erzielt, zu kündigen, und dazu nur 20 Tage Frist zu gewähren, so wurden 3 Mitglieder zur Regelung der Lokalfrage sofort gewählt. Welter wurde bekannt gemacht, daß Samstag, den 16. Mai, eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung stattfindet behufs Stellungnahme zum Kongreß und Delegiertenwahl. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Das Lokal wird noch bekannt gemacht werden. Erwähnt sei hier, daß der Besuch des Opernhauses am 10. Mai überaus stark war, und die Besichtigung der inneren Einrichtung zu Jedermann's Befriedigung verlief. Dieses lebhafteste Interesse der Mitglieder wird dem Verein hoffentlich Veranlassung zu anderen Besichtigungen geben. Zum Schluß können wir es nicht unterlassen, unsere Mitglieder darum zu ersuchen, doch mit dem Begleichen der Beiträge pünktlicher zu sein, damit die für beide Theile so peinlichen Mahnungen in Zukunft ganz fortfallen können.

Budapest. Wir geben den Genossen im Ausland bekannt, daß hier alle Fabriken der Eisenbranche still stehen. Die Ursache ist die Aussperrung der Arbeiter wegen des Feiertags am 1. Mai. Die kartellirten Fabrikanten hatten ein Verbot der Feiertage erlassen. Wir ersuchen, den Zugang fernzuhalten. Weitere Berichte folgen.

Budapest. Anlässlich der Maifeier der Eisenarbeiter Ungarns stehen Maßregelungen auf der Tagesordnung. Ueberhaupt hat sich das ungarische Unternehmertum sehr ausgezeichnet. Auf Ansuchen der hiesigen Genossen um Freigabe des 1. Mai erhielten sie den Feiertag, daß die Unternehmer den Tag nicht frei geben. Was geschah? Die Arbeiter selbst kamen ganz einfach am 1. Mai nicht zur Arbeit. Die Antwort der Fabrikanten war darauf folgende: „So, hier habt Ihr eure Arbeitsbücher.“ — Die Angestellten der Fabriken sagten, sie sollten nur am 8. Mai wieder kommen, da könnten sie schon wieder anfangen. Andere sagten: „In Wien sind bacirende Arbeiter genug, wir brauchen Euch nicht.“ — Nun, wenn sich jene Schreibereisen aus die Wiener Formier, Schloffer, Dreher, Hilfsarbeiter zc. verlassen, dann sind sie verlassen. Es ist in Folge dessen der Zugang von Formieren, Schloffern, Eisendrehern, Hilfsarbeitern zc. nach Budapest strengstens fernzuhalten. Wir hoffen auf die Solidarität der deutschen Arbeiter. Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck ersucht.

Bremen. Am 28. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1) Der Metallarbeiter-Kongreß zu Frankfurt a. M. 2) Wahl der Delegierten. Nachdem von allen Rednern die Wichtigkeit der Beschickung des Kongresses hervorgehoben und alle darin einig waren, daß den Metallarbeitern nicht durch Annahme schwungvoller Resolutionen, sondern durch eine einheitliche Zentralisation geholfen werden kann, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute im oberen Saal der Centralhalle tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erachtet die jetzt bestehende Organisation der Metallarbeiter als nicht auf der Höhe der Zeit stehend und erwartet, um eine Beseitigung im Allgemeinen zu vermeiden, daß die deutschen Metallarbeiter sich den Beschlüssen des Hallenser Parteitages fügen. Ferner erwartet dieselbe, daß der allgem. ein Metallarbeiter-Kongreß zu Frankfurt a. M. die Fachzentralisation beschließt und haben die gewählten Delegierten nur für dieselbe zu stimmen. Um ein einheitliches Band in der Metallarbeiter-Branche zu schaffen, erwartet die Versammlung, daß die sämtlichen Fach-Zentralisationen sich in einer Metallarbeiter-Union vereintigen.“ Sodann wurden 2 Delegierte zum Kongreß gewählt.

Leis. Am 28. April fand hier eine

öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher Genosse Weich aus Hannover über den Kongreß und die zu gründende Union sprach. Kollege Krüger wurde als Delegierter mit dem Auftrage gewählt, für die Union einzutreten. Am 2. Mai wurde E. Schrader ausgeschlossen, da derselbe wegen nicht erhaltener Unterstützung (nach Lage der Verhältnisse) mußte dieselbe verweigert werden“ erklären ließ: aus Mache den Verein zu schädigen und sich den Waffen in die Arme zu werfen. Da weder er noch sein eifriger Verteidiger Behrhoff in der Versammlung erschienen, ein Vertretungsantrag abgelehnt wurde, erfolgte Ausschluß des Schrader mit 18 gegen 5 Stimmen. Zu der Versammlung waren sämtliche 57 Mitglieder persönlich geladen.

Forma. Am 26. April hielt der Metallarbeiterverein seine Generalversammlung ab, in welcher unter Anderem die Vorstandswahl erledigt wurde. Gewählt wurde als 1. Vorsitzender Hünge, als 2. Vors. Schweimer, als 1. Schriftführer Stephan, als 2. Schriftf. Strank, als 1. Kassier Horneman, als 2. Kassier Trapp, als Revisoren Gerkmann, Kentich und Voigt. Für die nächste Versammlung stellte Kollege Hünge einen Vortrag über die Reorganisation der Werkerschaften in Aussicht, um etwas mehr Leben in den Verein zu bringen und die noch fernstehenden Kollegen durch interessante Vorträge heranzuziehen. Von einem Antrage, einen bestimmten Teil des Tagesverdienstes zum Maiabend zu steuern, wurde abgesehen, jedoch verpflichteten sich die Kollegen, ihre Schuligkeit zu thun, um dieser Sache gerecht zu werden.

Elbing. Am 27. April fand hier im Lokale des Vereinsgartens eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1) Gewerkschaftliche Organisation. 2) Die Beschickung des allgemeinen Metallarbeiter-Kongresses zu Frankfurt a. M. 3) Diskussion. Kollege Karl Liebe aus Danzig sprach zum ersten Punkt. Nachdem Redner die Hirsch-Duncker'schen Vereine einer scharfen Kritik unterzogen, empfahl derselbe die von den Arbeitern gegründeten Fachvereine, und kam auch auf die Broschüre: „Ein Komplott gegen die deutschen Arbeiter“ zu sprechen. Nach Schluß des ersten Punktes ergriff Herr Frickmann das Wort und forderte die Arbeiter auf, sich mehr und mehr den Organisationen anzuschließen. Zum zweiten Punkte sprach sich ein Redner dahin aus, es sollte noch Abstand genommen werden von der Wahl eines Delegierten, sondern erst eine Kommission gewählt werden, welche die Kosten dafür auszubringen hätte, nachdem noch eine Versammlung anzuberäumen, um die Wahl vorzunehmen. Jedoch sprachen sich mehrere Anwesende dagegen aus, weil es zu viel Kosten verursache, und wenn die Kosten nicht zusammen kommen, man sich immerhin noch vertreten lassen könne. E. wurde eine Kommission von 8 Mitgliedern gewählt und als Delegierter G. Fröbe.

Frankfurt a. M. Am 6. Mai tagte hier eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen, die sich mit der Vertretung der von der Mainzer Bezirks-Konferenz und Delegiertenwahl zum allgemeinen Kongreß beschäftigte. Zum 1. Punkt erstattete Genosse Gummel in 1 1/2 stündiger Rede Bericht über die Beschlüsse der am 26. April in Mainz stattgefundenen Bezirks-Konferenz, wobei er hauptsächlich die dort beschlossenen Anträge zum Statuten-Entwurf hervorhob. (Die Leser finden dieselben an anderer Stelle wörtlich wiedergegeben.) Hieran schloß sich eine lebhafteste, zum Teil persönliche Debatte, die jedoch nichts Belonderes zu Tage förderte. Folgende Resolution hierzu wurde mit 35 gegen 27 Stimmen angenommen: „Die heute im „Gasthaus zum Stern“ tagende öffentliche Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen von Frankfurt a. M. und Bornheim erklärt sich mit den Beschlüssen der Bezirks-Konferenz der Metallarbeiter von Hessen, Hessen-Nassau und Frankfurt a. M. nicht einverstanden, bedauert jedoch, daß die Konferenz die Nominierung der Kandidaten zum allgemeinen Metallarbeiter-Kongreß ohne weitere Erwägung verworfen, und so die einheitliche Regelung der Vertretung bedeutend erschwert hat.“ Zum Delegierten wurde gewählt J. Strämer mit 40 gegen 38 Stimmen.

Freiburg i. B. Der hiesige Metallarbeiter-Fachverein hielt am 2. Mai eine öffentliche Versammlung ab. Der Vorsitzende legte in seinen Ausführungen den Zweck des Kongresses klar, er erörterte die Nothwendigkeit einer besseren, einheitlichen Organisation, und trat entschieden für das Zustandekommen einer allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Union ein. Redner wendete sich hierauf gegen eine Branchen-Zentralisation und betonte, daß sämtliche Metallarbeiter ganz entschieden hiergegen Stellung nehmen müßten. Redner gibt weiter eine Uebersicht über die ungefähre Zahl der bestehenden Vereine der Metall-Branchen und deren Mitgliederzahl. Es wird hierauf zur Verlesung des Statuten-Entwurfes geschritten, dem eine allgemeine Debatte folgt. Es wurde von Arnold bean-

tragt: 1) Daß der Sitz der Geschäftsleitung in eine Stadt in Mitte Deutschlands verlegt wird; 2) die „Metallarbeiter-Zeitung“ obligatorisch einzuführen. Kollege Frick stellte den Antrag, die Reiseunterstützung auf drei Monate zu verlängern. Kollege Koch stellte den Antrag, daß die Wochenbeiträge mit Zeitung nicht mehr als 15 S betragen sollen und führt aus, daß dieselben in anderen Zentralisationen auch nicht höher seien. Vertreters verzeirater, arbeitsloser und bedürftiger Mitglieder stellt Kollege Wilmann noch den Antrag, daß denselben eine entsprechende Unterstützung gewährt wird, sowie, daß der Lokalverwaltung in diesem Falle mehr Rechte eingeräumt werden. Sämtliche Anträge wurden diskutiert und angenommen. Folgende Resolution wurde angenommen. Die Versammlung ist mit den Ausführungen des Vorsitzenden einverstanden und spricht sich für die Errichtung der allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Union aus und beschließt, den Kongreß durch einen Delegierten zu beschicken.“ Der Vorsitzende, Joh. Drehm, wurde einstimmig zum Delegierten gewählt.

Gevelsberg. Endlich, nachdem hier bereits ein Jahr rothbüchrig der Formerverein vegetirt, sind wir in der Lage, unseren Kollegen und Genossen allerorts ein Beizeichen zu geben. Um auch etwas zur Matheier beizutragen, hatten wir hier auf den 8. Mai eine allgemeine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung abgehalten, um dadurch eine Zentralisation der hiesigen Branchen-Organisationen anzubahnen. Die Versammlung war, den hiesigen Verhältnissen angemessen, ziemlich gut besucht. Als Referent über die Bedeutung des Achtstundentages war Genosse Gräfer aus Eberfeld erschienen. Derselbe erwähnte vor Allem die Pariser Kongreßbeschlüsse, schilderte den Zweck der Matheimonstration und erläuterte in seinem einständigen Vortrage hauptsächlich die englische Gewerkschafts-Organisation. Er empfahl, selbige als Vorbild, worauf ihm von der Versammlung lebhafter Beifall zu Theil wurde. Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, mit allen geschlichen Mitteln für den Achtstundentag einzutreten.“ Nach einer Delegation des Vorsitzenden über die verheerende Wirkung der Lungenkrankheit unter den Arbeitern, ließ folgender Antrag ein: „Ich fordere hiemit die sämtlichen Teilnehmer an der heutigen Metallarbeiter-Versammlung auf, sich der Zentralisation eines allgemeinen Metallarbeiter-Vereins für Gevelsberg und Umgegend anzuschließen, um für die Aufbesserung unserer Lage besser eintreten zu können.“ Der Antrag wurde mit allen gegen die Stimme des Bezirks-Vertrauensmannes, der gerade die Aufgabe hätte, für die Zentralisation zu wirken, angenommen, worauf zu Punkt 3 Wahl eines Delegierten zum Frankfurter Kongreß, der Vorsitzende und auch der Referent sprach. Es wurde jedoch von der Versammlung die Beschickung abgelehnt, indem die nöthigen Gelder nicht vorhanden sind.

Bonn. Am 27. April berief unser hiesiger Fachverein eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung ein, in welcher Herr Kalnbach aus Karlsruhe referirte. Die Versammlung war wirklich gut besucht. Bei Punkt 1 der Tagesordnung: „Zweck und Ziele der Metallarbeiter-Organisation“ erstattete Redner reichlichen Beifall. Bei Punkt 2: „Wie stellen wir uns zum Kongreß in Frankfurt a. M.“ wurde einstimmig beschlossen, daß, trotzdem unsere Kasse immerfort sehr von durchreisenden Fragegenossen in Anspruch genommen wird, Genosse Wolte nach horthin als Delegierter entsandt werden soll. Was den Kostenpunkt anbelangt, so soll die Hälfte aus der Vereinskasse, die andere Hälfte mittelst Extrabeiträgen von den Vereinsmitgliedern aufgebracht werden. Es ist hervorzuheben, daß unsere Bourgeoisblätter stets und ständig über unsere Versammlungen zu kritisieren haben, dies jedoch jetzt zum ersten Male unterblieb. Entweder bekommen es dieselben nach und nach satt, oder sie schämen sich ihres Thuns, da unser Vorsitzender sowohl als auch unser Referent die Gegner drei Mal dringend aufforderte, das Wort zu ergreifen und ihre Meinung frei und offen herauszusagen, was jedoch unterblieb. Unsere Maifeier wollten uns verschiedene Herren auch versalzen, doch haben wir das einzige Gute hier in Konstanz, daß wir mit 2 Schritten in der Schweiz sind. Trotzdem wir am 3. Mai unser gutes deutsches Reichsgeld lieber in unseren Vaterlande gelassen hätten, so waren doch ungefähr 260 Genossen und Genossinnen gezwungen, dasselbe in's Ausland zu tragen. Der betreffende Schweizer Wirth in Gottleben, der uns seine Lokalitäten im entscheidenden Augenblicke zur Abhaltung unserer Maifeier zur Verfügung stellte, hat sich aber auch für unseren Besuch, für die herrschende Ordnung zc. herzlich bedankt u. in jeder Zeit seine Säle zur Verfügung gestellt. —

Unser Arbeitsnachweis befindet sich nach wie vor bei Kaiser Schlegel in der Bollernstraße. Ebenso kann dort die Reiseunterstützung von 50 J erhoben werden.

Leipzig. Am 26. April fand hier in den „Volkshallen“ eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. In derselben referierte zunächst Kollege Schlemann über den Frankfurter Metallarbeiter-Kongress. Nach rege Diskussion glich eine Resolution ein, die auch angenommen wurde, welche die heutigen Organisationen der Metallarbeiter als nicht mehr zweckentsprechend erklärt und die Bildung einer Metallarbeiter-Union nach dem vorläufigen Entwurf der Vertrauensmänner der Metallarbeiter empfiehlt. Ebenso wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, und hält ein festes Zusammenhalten der Metallarbeiter für absolut notwendig. Ebenso erachtet es die Versammlung für notwendig, den allgemeinen Metallarbeiter Kongress zu beschließen und heute eine Kommission zu wählen, welche die Vorarbeiten, sowie Aufbringung der Kosten, ferner die einheitliche Regelung der Diätenfrage vorzunehmen und den Beschluß der nächsten Versammlung vorzulegen hat. Weiter erklärt die Versammlung das Vorgehen der Berliner Metall-Industriellen für ungerecht und ungeheuerlich, und erklärt die Versammlung, einem solchen Vorgehen der hiesigen Unternehmer energisch entgegenzutreten, ebenso sich einer festen Organisation anzuschließen.“ Dann wurde beantragt, von jeder in der Versammlung vertretenen Branche je 2 Mann in die Kommission zu wählen, was angenommen wurde.

Plauen i. Vogtl. Endlich regt es sich auch wieder unter den hiesigen Metallarbeitern. Am 25. April tagte eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in der „Stadt Straßburg“ unter dem Vorsitz des Kol. Kaufmann. Derselbe erklärte zunächst den Nutzen einer Organisation und legte ein ausgearbeitetes Statut vor, welches mit kleinen Veränderungen angenommen wurde. Hierauf wurden die Kollegen Kaufmann, Köhnigk, 25, als Vorsitzender, Gartenstein, Trofenthastr. 22, als Kassierer, Reichart, Topfmack 5, als Schriftführer, Werner und Rinze als Revisoren gewählt. Sämtliche Anwesende traten dem neugegründeten Verein bei. Der Vorsitzende forderte dieselben auf, recht rege auf die Metallarbeiter-Zeitung zu abonnieren und den Verein recht kräftig zu unterstützen. Hoffentlich wird der neue Verein gute Früchte tragen.

Reimscheid. Am 26. April hielt der Metallarbeiter-Fachverein seine Generalversammlung ab. Nachdem wir mehrere Mitglieder aufgenommen, mußten wir 56 Mitglieder wegen Nichtzahlen der Beiträge ausschließen. Laut Kassenbericht vom 1. Quartal betrug die Einnahme M 209.09, die Ausgabe M 210.05, der Bestand M 99.04. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Nachdem der Antrag auf Regulierung der Reiseunterstützung ausnahmsweise debattiert wurde, ging der Beschluß dahin, daß zugereiste Kollegen drei Monate einem Fachverein angehören und im Besitze einer Quittungskarte für Agitation und Unterstützung der Metallarbeiter sein müssen. Sodann kamen wir zur Meißeler; es wurde u. A. bestritten, sich zahlreich zu beteiligen. — Am 22. März hat sich der hiesige Feilenhärterverein aufgelöst und ist in den Metallarbeiter-Fachverein mit Aktiva und Passiva übergetreten. Da wir in Reimscheid noch so viele Branchenvereine haben, so wäre es zu wünschen, wenn die anderen Vereine sich ein Beispiel daran nehmen und den Feilenhärtern bald folgen wollten, damit wir geeint dastehen.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Altona. Der Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer von Altona und Umgegend hielt am 21. April seine Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1) Referat über Gewerbeberichte. Referent Herr Jarber. 2) Unser Arbeitsnachweis. 3) Verschiedenes. Herr Jarber äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Die Einrichtungen der Gewerbeberichte seien so weitläufig, daß es nicht gut möglich, dieselben in einem Abend klar zu legen. Als 1890 das Gewerbeberichts-Gesetz verabschiedet wurde, sei dasselbe vielfach als sozialreformatorische Tat, und als etwas ganz Neues gesprochen worden. Es sei aber keinesfalls etwas Neues, denn in Frankreich existierten die Gewerbeberichte schon seit 1806. Von da waren dieselben auch diesseits des Rheins nach französischem Muster eingeführt. Auch in Preußen habe man 1829 zunächst für Westfalen, 1849 für die ganze Monarchie Versuche mit der Einführung gemacht, doch wäre nichts zu Stande gekommen. Auch im Deutschen Reichstage seien 1873, 74, 78 von der Regierung Vorschläge gemacht aber ohne Erfolg. 1886 sei die Sache durch den sozialdemokratischen Arbeiterkongress-Gesetzesentwurf wieder angeregt worden. 1889 im November sei dann von der Regierung eine Vorlage versprochen,

welche der Reichstag dann 1890 fertig vorband. Das hieraus entstandene Gesetz könne aber keinesfalls genügen, da es vielfach Verbesserungen gegen die bisher geltenden Verhältnisse bringe. Als reformatorisches Werk könne aber nur gelten, was wirklich im Stande sei, auf die Positionen der beiden Parteien, der des Kapitals, sowie der des Arbeiters im wirtschaftlichem Sinne einen Einfluß zu üben. Diesen Einfluß könnten die Gewerbeberichte aber nicht üben, weil sie nur über die Erfüllung der eingegangenen Arbeitsverträge zu entscheiden hätten, aber nichts für die Festsetzung der Bedingungen des Arbeitsvertrages selbst thun könnten. Sehe man sich die einzelnen Bestimmungen an, so würde man finden, daß die Mitwirkung der Arbeiterschaft möglichst eingeschränkt sei. Sollte man aber Vertrauen zu solchen Gerichten haben, so müßten nicht nur die Besitzer von Arbeitern gewählt sein, sondern den Arbeitern das weitgehendste Recht gesichert sein, an solchen Wahlen Theil zu nehmen. Eine große Verschlechterung beste aber das neue Gesetz in den Bestimmungen der Wählbarkeit. In Leipzig waren z. B. bisher die Wählbaren mit dem 21. Jahre wahlberechtigt, das neue Gesetz bestimmt 25 Jahre, während die Wählbarkeit an ein Alter von 30 Jahren geknüpft ist. Außerdem müssen die Wähler wie die zu Wählenden 1 Jahr am Orte ansässig sein. Es könnte somit Jemand schon 5 Jahre im Reichstage als Volksvertreter gesessen haben, ehe er für fähig befunden würde, als Wähler im gewerblichen Schiedsgerichte zu fungieren. Durch diese Bestimmungen würden aber auch oft die tüchtigsten Kräfte, wenn sie sich durch auffällige Agitation oder durch Beteiligung an Streiks unbeliebt gemacht und wegen Arbeitslosigkeit den Ort verlassen müßten, von der Wählbarkeit ausgeschlossen. Eine der ungerechtfertigtesten Bestimmungen aber sei die, daß dem Arbeiter, welcher Armenunterstützung erhalten habe, das Recht zu wählen verweigert sei. Dieses sei schon bei den Wahlen zu politischen Körperschaften ein Unrecht, hier aber noch mehr, zumal es erweise sei, daß in bestimmten Distrikten Deutschlands, wie im bairischen Erzgebirge, dem Arbeiter noch bei seinem Lohn Armenunterstützung bezahlt werden müssen, wenn er nicht verhungern soll. Außerst reaktionär sei auch die Zurücksetzung der gewerblich thätigen Frauen. Dagegen hätten die Innungen es wieder verstanden, von der Regierung besondere Privilegien zu erhalten. Ihre Schiedsgerichte bleiben neben den Gewerbeberichten bestehen, doch dürfen nur solche Gesellen wählen und gewählt werden, die bei Innungsmestern arbeiten. Wenn ein solcher Vertreter aber nicht wehr bei einem Innungsmester arbeite, sei derselbe auch aus dem Schiedsgerichte heraus. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen verständlichen Vortrag. Es sprachen nun noch mehrere Mitglieder in abfälliger Form über erlebte Schiedsgerichts-Entscheidungen. Zum 2. Punkt bemerkte der Vorsitzende, daß der Arbeits-Nachweis noch lange nicht genug, selbst von Vereinsmitgliedern nicht genug benutzt würde, sondern Viele lieber nach dem Stubbenhul gingen. Es sprachen noch mehrere Redner in diesem Sinne, auch wurde darauf hingewiesen, daß auf dem nächsten Kongress zu Frankfurt a. M. auch wohl zu dieser Frage Stellung genommen würde und wir dann uns noch damit beschäftigen könnten.

Berlin. Der Fachverein für Schlosser und Maschinenbauarbeiter Berlins und Umgegend hielt am 20. April seine letzte General-Versammlung ab. Zunächst erstattete der Kassierer Bericht vom 1. Quartal. Darnach stand einer Einnahme von M 293,58 eine Ausgabe von M 216,68 gegenüber, so daß ein Bestand von M 74,90 verblieb. Beim 2. Punkt, Auflösung des Vereins, entspann sich eine lebhafteste Debatte, und wurde das Verhalten der Behörden betreffs der Kapitalisten-Koalition scharf verurteilt. Alle Redner waren sich einig, daß die Form der Organisation, wie dieselbe jetzt bestehe, einer solchen gesetzwidrigen Vereinigung gegenüber, wie sie durch die Broschüre: „Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse“, ans Licht gezogen ist, nicht zeitgemäß sei. Eine Organisation aber, wie die von den Vertrauensleuten der Metallarbeiter projektirt, die nach der Tagesordnung bis nächsten Kongress schon als angenommen betrachtet wird, ist erst recht verwerflich, weil dadurch die Organisationen un- in Folge dessen die Arbeiter geistig veränderten müssen. Ein Antrag, den Verein vom 4. Mai ab für aufgelöst zu betrachten, dafür aber Wagnis für Mann dem Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigter Arbeiter beizutreten, sowie das Vermögen des Vereins demselben zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Es wurde eine Liquidations-Kommission von 8 Mann gewählt, bestehend aus den Kollegen Unversärbt, Herbst, Bähge, Röber, Kaye, Kanaschöfsky, Jung und Weich, welche die noch nicht erledigten Angelegenheiten des Vereins zu regeln hat, und wollen sich alle diejenigen Personen, welche noch Rechte gegen den Verein geltend zu machen

ober Pflichten zu erfüllen haben, an Karl Unversärbt, Naunhntstraße 28, wenden. — Kollege Ernst Sabat wird besonders ersucht seine Anwesenheit dem Verein gegenüber zu regeln, widrigenfalls er andere Maßregeln zu erwarten hat.

Braunschweig. Am 2. Mai fand im „Prinz Wilhelm“ eine öffentliche Versammlung der Schlosser, Maschinenbauer und verwandten Berufsgenossen statt mit der Tagesordnung: 1) Der bevorstehende Metall-Arbeiter-Kongress resp. der Spezial-Kongress der Schlosser und Maschinenbauer. 2) Recitation des Statuten-Entwurfs. 3) Wahl eines Delegirten. Zum 1. Punkt sprachen sich lämmliche Redner nur für Gründung einer allgemeinen Metallarbeiter-Union aus, weil dieselbe uns von vornherein den größten Schutz und die einheitliche Aktion garantire. Die Gründe, die gegen eine Union angeführt worden, seien nicht stichhaltig. Beim zweiten Punkt wurde beschlossen, der Delegirte möge dafür eintreten, daß der wöchentliche Beitrag höchstens auf 15 J, das Eintrittsgeld auf 50 J festgesetzt werde, jede Erhöhung würde die Reihen lichten, statt vermehren. Man müsse die Masse hierfür zu gewinnen suchen. Ferner wurde der allgemeine Wunsch laut, daß die Mitglieder der jetzigen Vereine ohne Eintrittsgeld zu der neu geschaffenen Organisation übertreten können. Zum dritten Punkt wurde einstimmig beschlossen, die allgemeinen wie Spezial-Kongress durch einen Delegirten zu beschicken. Götz wurde als Delegirter gewählt, welcher versprach, in der ausgeführten Weise die Schlosser, Maschinenbauer und verwandten Berufsgenossen Braunschweigs zu vertreten. Da die Zeit zu weit vorgeschritten, konnte die Regelung zur Aufbringung der Delegirtenkosten nicht mehr stattfinden und wurde somit beschlossen, dies dem Bureau zu überlassen.

Würzburg. Hier treibt sich seit einigen Tagen unter verschiedenen Namen ein geschraubter Schloffer herum, der einmal beleuchtet zu werden verdient. Unter dem Namen Thie kam derselbe voriges Jahr einigemale in den Fachverein und verstand das Mitleid des damaligen Vorstandes zu erregen, indem er ihm vorschwätzte, er sei in den Elberfelder Proceß verwickelt gewesen, sei dann nach Mainz berufen worden und habe den dortigen Metallarbeiterstreik geleitet, sei dann angemeldet worden und werde jetzt verfolgt. Thie hat einige Zeit auf der Herberge logirt und der Verein hat nachträglich wegen des falsch angebrachten Mitleids des Vorstandes bezahlen müssen, da der Herr Th. eines Tages verschwunden war. Bei den Meistern hatte er mit seinen Papieren weniger Glück, denn wenn er einige Tage auf den Namen Thie gearbeitet hatte, so zweifelte man an der Echtheit seiner Zeugnisse und er mußte gehen, um aber dann unter dem Namen Mübing oder einem anderen wieder aufzutreten. Die Kollegen Deutschlands mögen also auf diesen Schurker ein wachsames Auge haben.

Schläger.

Nürnberg. Am 4. Mai hielt der Verein der Metallschlägergehilfen Nürnbergs eine Mitglieder-Versammlung ab. Zum 1. Punkt, Quartalsabrechnung, erstattete der Kassierer Sanbhofer Bericht über das abgelassene Quartal. Derselbe wurde richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Sodann gab Kollege Hahn die Ergänzung vom 2. Schläger-Kongress, indem er die Beschlüsse desselben bekannt machte. Das Arbeitsnachweis-Bureau wurde dem Kollegen Angler übertragen. Es werden daher alle arbeitssuchenden Kollegen und Kolleginnen ersucht, dasselbe bei Bedarf zu benutzen. Auch werden die zugereisten Kollegen ersucht, sich an dasselbe zu wenden, da das Umschauen, sowie das damit verbundene Beiteln in den Werkstätten verboten ist. Als Schriftführer wurde Angler gewählt, als Revisor Kollege Höreth. Ferner wurde beschlossen, in der nächsten Zeit einen Ausruf ergehen zu lassen, in dem die auf dem Gewerbe beschäftigten Personen aufgefordert werden, sich der Organisation anzuschließen, damit man der in letzter Zeit vorgekommenen und noch in Aussicht stehenden Lohnreduktion entgegenzutreten könne.

Feilenhauer.

Altona. In der letzten General-Versammlung wurden gewählt: Karl Besemann, Vorsitzender, W. Penzlin, Kassierer, F. Köster 2. Vorsitz. H. Kall, Schriftführer. Ferner geben wir bekannt, daß die fremden Kollegen das Gesetzentwurf vom Kassierer Wihl. Penzlin, Adlerstraße 19, 2, abzuholen haben. Ferner wurde beschlossen, das Geld vom Unterstützungsfonds in den Händen des Vorstandes zu lassen und beim Ausbruch eines Streiks es dem betreffenden Ort zuzuschicken. Am 31. April tagte eine öffentliche Feilenhauer-Versammlung, in welcher beschlossen wurde, am 1. Mai zu arbeiten und ein Viertel von unserm verdienten Tagelohn der Gewerkschafts-Kommission zu übergeben. Ferner wurde beschlossen, einen Delegirten zum Feilenhauer-Kongress zu schicken und fordern

wir die Kollegen vom Norden resp. Westküste und Kiel auf, sich uns anzuschließen, damit wir gemeinsam einen Delegirten senden können, der unsere Interessen vertritt. Der Streik-Abrechnung erfolgt in nächster Zeit.

Budapest. Die Budapest Feilenhauer und Schleifer sehen sich genöthigt, wegen Mahregelungen die Sperre bis auf Weiteres über hier zu verhängen. Wir ersuchen die Kollegen, dies streng zu beachten.

Magdeburg. Die Interessenlosigkeit für die Gewerkschaftsbewegung findet man auch in unserem Fach vertreten. Dies beweist die am 6. Mai stattgefundene öffentliche Feilenhauer-Versammlung, zu welcher trotz der wichtigen Tagesordnung und schriftlicher Einladung nur etwa die Hälfte der hiesigen Feilenhauer erschienen war. Nach Lage der Sache mußten wir von jeder Vertretung zum Kongress Abstand nehmen.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29) und Zentralkranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan“ (G. S. 89.)

Den Abgeordneten für die General-Versammlung zur Nachricht, daß die General-Versammlung am Montag, 25. Mai, Vormittags 8 Uhr, eröffnet wird. Sie findet in dem Lokale des Herrn J. A. Nausch „Zur Germania“ in Frankfurt a. M., Bornheim, Peterweilstr. 16, statt. Jedem Abgeordneten wird noch vor der Abreise seitens des Lokal-Komitee's ein Quartier-Billet, sowie eine blaue Schleife als Erkennungszeichen zugestellt und werden die Abgeordneten ersucht, dieses Erkennungszeichen auch während der Reise sichtbar zu tragen. Die Mitglieder des Empfangs-Komitee's sind an roth-weißen Schleifen zu erkennen und werden von Sonntag, den 24. Mai Morgens 8 Uhr an sich in den Bahnhöfen aufhalten. Alle Abgeordneten werden ersucht, im Hauptbahnhofe einzufahren, mit Ausnahme derjenigen der 27., 28. und 29. Wahlabtheilung, welche am Ostbahnhofe in Empfang genommen werden.

Der Empfang der Abgeordneten, welche nur für „Vulkan“ gewählt sind, findet zu jeder Zeit statt, wenn dieselben vorher die Zeit ihres Eintreffens dem Empfangs-Komitee mittheilen und zwar unter der Adresse des Bevollmächtigten in Frankfurt a. M., Herrn Wihl. Fischer, Prebigerstraße 10, 11. Da voraussichtlich die Abgeordneten, welche nur für den „Vulkan“ gewählt sind, an verschiedenen Tagen in Frankfurt eintreffen werden, dem Komitee aber nicht zugemuthet werden kann, tagelang die Zeit am Bahnhofe zu versäumen, so werden also nur die Abgeordneten abgeholt, welche die Zeit ihres Eintreffens vorher angemeldet haben. Die General-Versammlung des „Vulkan“ findet ebenfalls im vorgenannten Lokale statt und wird am Freitag, 29. Mai, Morgens 8 Uhr, eröffnet.

Die Vorsitzenden der Wahlabtheilungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Wahllisten der General-Versammlung vorgelegt werden müssen. Diese Akten sind entweder den Abgeordneten mitzugeben oder so zeitig an den Bevollmächtigten in Frankfurt zu senden, daß sie am 25. Mai, Morgens 8 Uhr, in Händen der General-Versammlung sind.

Schließlich werden die Bevollmächtigten der „Allgemeinen“, welche auf einige Wochen Statuten von ihrem Vorrath entnehmen können, ersucht, dieselben umgehend unter Kreuzband an die Hauptverwaltung einzuschicken. Der ganze Vorrath ist hier begriffen und hat der Vorstand mit Rücksicht auf die demnächst stattfindende Generalversammlung beschlossen, eine neue Auflage vorläufig nicht drucken zu lassen. Wir erwarten, daß die Bevollmächtigten diesen Grund billigen und im Interesse der Kasse dieser Aufforderung schleunigst nachkommen werden.

Hamburg, 9. Mai 1891. Der Vorstand.

Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln:

- („Allgemein“) Nr. 28165. Joh. Kurz. 28808. Karl Schmidt. 28021. Aug. Schmidt. 18599. G. Wolgast. 26899. Pet. Bohnsen. 18691a. Wihl. Sonnenberg. 22330. G. Hasenpufch.

(„Vulkan“)

- 6228. Wihl. Schardt.

Verlorene Mitgliedsbücher.

- („Allgemein“) Nr. 32990. Peter Benzler, eingetreten am 18. Jan. 1891 in Regnit.

- Nr. 13007. Ferd. Schulze, eingetretten am 7. Mai 1888 in Hannover.
- 13025. Ernst Pilscher, eingetretten am 28. März 1889 in Berlin II.
- 16074. Joh. Heinr. Müller, eingetr. am 28. Nov. 1884 in Garleshausen.
- 19018. Andr. Müller, eingetretten am 29. März 1890 in Giberfeld.
- 11274. Herm. Mallstedt, eingetretten am 14. Juli 1889 in Drebom.
- 21777. Joh. Fischer, eingetr. am 11. Juli 1888 in München.
- 22222. Karl Pantoloff, eingetretten am 12. Okt. 1890 in München. („Julian“.)
- Nr. 9051. Heinr. Köpfbach, eingetretten am 1. Okt. 1889 in Hildern.
- 6796. Gottfr. Hoop, eingetretten am 1. Okt. 1889 in Bingsf.

Sterbe-Tafel

Allgemeines Kranken- und Sterbe-Buch der Metallarbeiter.

- Nr. 28157. Aug. Berger, Kesselschmied, geb. 15. Aug. 1869, gest. 31. März 1891 an Tuberkulose in Halle.
- 19297. Jakob Schubert, Chemigraph, geb. 29. Sept. 1863, gest. 22. März 1891 an Herzleiden in Salingen.
- 3908. Ernst Schuder, Fabrikarbeiter, geb. 14. Juli 1860, gest. 29. März 1891 an Lungentuberkulose in Hiltshelm.
- 9948. Herm. Seifert, Tischler, geb. 4. Sept. 1853, gest. 2. April 1891 an (?) in Radebeul.
- 4264. Wilh. Peitry, Schleifer, geb. 25. März 1843, gest. 3. April 1891 an Darmtuberkulose in Oberstein.
- 14673. Joh. Trummeter, Tagelöhner, geb. 30. Dez. 1836, gest. 30. März 1891 an Lungenleiden in Fürtth.
- 1080. Joh. Hilland, Fassbinder, geb. 24. Juni 1845, gest. 28. März 1891 an Wasserfucht in Humboldt-Kolonie.
- 4108. Ferd. Freudenberg, Schlosser, geb. 10. Aug. 1827, gest. 8. April 1891 an Lungentuberkulose in Mühlhausen.
- 21579. Bernh. Ruhe, Kernmacher, geb. 28. Aug. 1854, gest. 4. April 1891 an (?) in Olbja.
- 16706. Joh. Hoffmann, Arbeiter, geb. 22. Juli 1865, gest. 7. April 1891 an Lungenschwindsucht in Berlin II.
- 18324. Eduard Seifert, Zimmermann, geb. 9. Mai 1849, gest. 10. April 1891 an Lungenschwindsucht in Sotta.
- 22340. Paul. Büttner, Maurer, geb. 6. Jan. 1850, gest. 17. März 1891 an Lungenschwindsucht in Oberweitem.
- 28508. Friedr. Desterling, Metall-Arbeiter, geb. 23. Aug. 1855, gest. 15. April 1891 an Gehirnschlag in Berlin.
- 6658. Herm. Sommer, Schlosser, geb. 9. Juni 1840, gest. 15. April 1891 an Magenkatarrh in Hlbersgehofen.
- 13036. Wilh. Erich, Maschinenbauer, geb. 14. Jan. 1855, gest. 9. April 1891 an Etrinken in Kiel.
- 1858. H. Dieckhoff, Schlosser, geb. 9. Nov. 1850, gest. 20. April 1891 an Lungenschwindsucht in Bodenheim.
- 4801. Ph. Hirsch, Maurer, geb. 8. Dez. 1841, gest. 8. April 1891 an Lungenschwindsucht in Wallbsee.
- 14391. Aug. Bürtlein, Metallschläger, geb. 28. März 1862, gest. 17. April 1891 an Knochenleiden in Fürtth.
- 19299. Joh. Meerwald, Metallschläger, geb. 4. März 1840, gest. 19. April 1891 an Lungenschwindsucht in Fürtth.
- 4266. Alfr. Kirchbach, Schlosser, geb. 3. Nov. 1869, gest. 12. Febr. an Brustfellentzündung in Straußberg.
- 14340. Leop. Ernst Straßberger, Bahnarbeiter, geb. 29. Januar 1841, gest. 20. April 1891 durch Erhängen in Chemnitz.
- 15952. Ernst Göpel, Steinbauer, geb. 16. Febr. 1841, gest. 25. April 1891 an Luftröhrenkatarrh in Altenburg.
- 18978. Franz Bertmann, Gelbgießer, geb. 11. Dez. 1852, gest. 13. April 1891 an Halsentzündung in Hedderheim.
- 8498a. Ernst Rehn, Mühlbauer, geb. 22. Febr. 1858, gest. 27. April 1891 an Lungenleiden in Höttau.
- 2957. Adam Hättner, Zeugschmied, geb. 31. Jan. 1841, gest. 25. April 1891 an Gehirnleiden in Karlsruhe.
- 7276. Georg Büschel, Eisenbrecher, geb. 16. Mai 1845, gest. 26. April 1891 an (?) in Augsburg.
- 6762. Leop. Herrmann, Schmied, geb. 8. Okt. 1842, gest. 18. April 1891 an Darmkatarrh in Freiburg.
- 23085. Otto Menzel, Schmied, geb. 17. Febr. 1845, gest. 16. April 1891 an (?) in Berlin IX.

Nr. 4582. Wilh. Storsberg, Messerschmied, geb. 5. Febr. 1857, gest. 19. April 1891 an (?) in Wald.

Aufforderung!

Alle, welche noch mit Geldern für das Protokoll des vorjährigen Metallarbeiter-Kongresses restituieren, wollen dieselben sofort an J. Scherm, Nürnberg, Camerariusstraße 4, einbringen. Dem Frankfurter Kongresse wird die Abrechnung vorgelegt.

Die Herausgeber: Carl Dreder. Joh. Scherm. M. Segib.

An die verehrl. Filial-Expeditionen und Vereine,

welche noch Abonnementsgelder für frühere Quartale restituieren, richten wir das bringende Ersuchen, dieselben umgehend einzusenden.

Auch ersuchen wir um Einsendung der Gelder für das laufende Quartal.

Die Expedition der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart) S. P. W. Dieck's Verlag ist soeben das 30. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Lage der großstädtischen Keller. Von Max Schöppel. — Der Alkoholismus und seine Bekämpfung. (Schluß) Von Karl Kautsky. — Zur Frauenfrage. — Das neue Fabrikgesetz für Indien. — Feuilleton: Zu neuen Zielen. Novelle von Robert Schweichel. (Fortsetzung.) — Heft 31: Zur Malfeler. — Das Problem der Kraftverteilung unter Berücksichtigung der Verfrachte, das Kleingewerbe zu heben. Von Dr. S. Bug. — Die Lage der großstädtischen Keller. Von Max Schöppel. (Schluß.) — Litterarisches Rundschau. — Feuilleton: Zu neuen Zielen. Novelle von Robert Schweichel. (Fortsetzung.)

„Die Zeitschwinger“, Monatschrift für Volksbildung und Aufklärung. Soeben erschien das 4. Heft, 2. Jahrgang. Inhalt: Es werde Licht (Zum 1. Mai 1891.) Gedicht von Wilhelm Klejewetter. — Johann Jakob. Gedichtblatt von Walter Meiß. — Der Krieg und der Sozialismus. Von Dr. H. A. Mühl. — Moral und Politik in ihrer Stellung zur Sklaverei. Von Hans Görlich. — Ein Lehrer und Verfechter der Freiheit und der Menschenrechte. Von Edmund Schröpel. (Schluß.) — Weltbürgerthum. Von S. D. Friedländer. — Das Kapital. Von A. Behr. IV. — Gedankenperlen. Von Dr. Albert Duff. — Literatur. Verlag von S. Veraneck, Reichenberg, Böhmen. Preis pro Heft 20 Kr. = 40 J.

„Lichtstrahlen“, Blätter für volkswirtschaftliche Wissenschaft und atheistische Weltanschauung. Zugleich ein literarisches Organ für das Volk. Erscheint halbmonatlich in Heften à 20 J. Dresden, Verlag von D. Harnisch. — Soeben erschien das 15. Heft. Inhalt: Gott ode. Mensch. Uebernatürliche oder natürliche Religion? Von Dr. P. A. Mühl. — Bewegungen der Materie. Von S. Thormald. — Unsere Frühlingsezeit. Von G. S. Herrmann. (Schluß.) — Eine Fahrt nach Bergamum. Von Dr. Bruno Wille. — Die Mädchen von Hürtth. Straßenfuge von Karl Hunger. — Aus der Zeit. — Litterarisches. — Kleine Mittheilungen. — Vermischtes. — Bellagen: Moderne Feuilleton-Bibliothek: Albertine. Von Christian Krohg (S. 89-96); Inferaten-Beilage. — Die „Lichtstrahlen“ sind durch sämtliche Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Von der Post (Zeitungspostliste Nr. 3624 a) bezogen, beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis M. 1,35.

Briefkasten.

S. S. Hensberg. Der Verein in Thale ist aufgelöst. — Die gewünschte Auskunft erhalten Sie auf briefliche Anfrage bei dem Magdeburger Klempner-Verein; in der Zeitung ist eine solche Frage und die eventuelle Antwort nicht am Platze.

Pöbeln. Die Versammlungs-Anzeigen finden unentgeltliche Aufnahme. Aber wir müssen um jedesmalige Einsendung der Anzeige ersuchen.

Hannover-Inden. (Fh.) Der Nachruf kommt nun doch wohl etwas zu spät.

Mannheim. In dieser Nummer unmöglich; warum nicht früher senden? So lange Berichte müssen spätestens Montag hier sein. Man will die Zeitung pünktlich. Berlin, N. u. S. In nächster Nummer. Hamburg, N. M. Direkt nicht, es ist aber möglich durch die Post. Mehrere Berichte konnten in dieser Nummer keine Aufnahme mehr finden.

Vereins-Anzeigen.

Baden-Baden. (Fachverein der Metallarbeiter.) Samstag, 23. Mai, Abends 8 Uhr im „Merkur“ General-Versammlung. L.-O.: Beitragserhebung. Aufnahme neuer Mitglieder. Kostenregulierung für Besichtigung des Metallarbeiter-Kongresses. Neuwahl des gesamteten Vorstandes. Verschiedenes.

Frauenfeld. (Fachv. der Former und Kernmacher.) Sonnabend, 16. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Th. Rogge, alte Knochenhauerstraße. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Pöbeln. (Metallarbeiter-Verein) Die Versammlungen finden jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. eines Monats statt.

Hamburg. (Fachv. der Gelbgießer und Gürtler.) Mittwoch, 20. Mai, Abends 9 Uhr, bei von Salzen, Raffamacherreihe Nr. 6-7, Mitglieder-Versammlung.

Hinsburg. (Metallarbeiter-Verein.) Montag, 18. Mai (2. Pfingstfeiertag), hält der Metallarbeiter-Verein für Hinsburg und Umgegend sein zweites Stiftungsfest ab mit Konzert, Theater und Ball. Sammtliche Förderer des Vereins sind hiermit höflichst eingeladen.

München. (Fachverein der Blingießer.) Kollegen! Wegen voraussichtlich schlechten Besuchs findet die Monatsversammlung nicht Samstag, den 16. (Pfingstmontag), sondern Samstag, 23. Mai, statt. Wir machen die Kollegen auf diese Versammlung besonders aufmerksam, indem die Tagesordnung eine sehr wichtige ist: Metallarbeiter-Union und Kontrollmarkensystem.

München a. M. (Metallarbeiterverein.) Nachdem unser bisheriges Lokal bei Herrn Th. Böner, untere Wulfr., zur Benutzung für unsere Vereinszwecke unterlagert ist, so machen wir bekannt, daß vorläufig 3 Lokalitäten errichtet werden, welche den Mitgliedern durch hektographirtes Zirkular mitgeteilt werden. Indem man durch Lokalabtreiber und den Boden unter den Füßen weggehen will, so werden sich doch die Mitglieder durch solche Maßregeln nicht abschrecken lassen und werden nach wie vor zu dem Verein halten.

Nürnberg. (Verein der Metallschläger.) Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Angler, Frauenthorweg 42. Arbeitsvermittlung an den Wochentagen von 7-8 Uhr Abends, Sonntag von 8-10 Uhr Vorm.

Nürnberg. (Fachverein der Schmitzbe u. v. B.) Samstag, 23. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gemacht. — Sonntag, 24. Mai, Nachm. 4 Uhr, Vorschlag in der Restauration „Rohrgarten“, Hummelsteinerweg.

Nürnberg. (Fachv. aller Arbeiter der Werkzeugbranche.) Am 1. Pfingstfeiertag Vorschlag in die Wirtschaft zur rothen Glocke (Wöhrd). Am 2. Pfingstfeiertag Ausflug bei günstiger Witterung nach Schnaittach, Rothenberg, Hansgörgl und Hersbruck. — Zusammenkunft: Früh punkt 6 Uhr am Staatsbahnhof.

Nürnberg. (Fachv. der Fellenhauer u. v. B.) Die nächste statutarische Mitglieder-Versammlung am 17. Mai findet nicht statt. Dafür Sonntag, 24. Mai, Vorm. 11 Uhr, im Vereinslokal eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Ravensburg. (Metallarbeiter-Verein.) Die Wander-Unterstützung für durchreisende Kollegen wird nunmehr ausbezahlt bei Fr. Wed. im untern Wasserreiter, gegenüber dem Bezirksfeldwebel, und zwar Vormittags von 10 bis Nachm. 4 Uhr, sowie Abends von 8 bis 9 Uhr.

Anzeigen.

An die Former Deutschlands.

Werthe Genossen! Empfehle bei Bedarf meine als ganz vorzüglich anerkannten Former Werkzeuge in geschmiedetem Messing und Stahl. Klebere Probe-Sendung wie Bestellung franko. Bei Bestellung von 20 Mark an 10 Proz. Rabatt. G. Schneider, Formerwerkzeug-Fabrik, Leipzig-Blasow, Turnerstr. 15

Nachruf.

Am 9. Mai entschlief unser stets treuer Freund und Kollege Herr Ferdinand Wagner, Blechner,

nach mehrjährigem Krankenlager im 22. Lebensjahre.

Wir verlieren an demselben ein treues und eifriges Mitglied und rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach.

Metallarbeiter-Fachverein Baden-Baden.

Am 29. April starb nach langem Leiden unser Vereinskollege

Julius Hoffmann.

Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach. Kollege Julius Hoffmann war der letzte Ausgewertete aus dem Rörting'schen Laborato.

Verein der Former und Berufsgenossen Hannover.

An die Former.

Werthe Kollegen! Wie Ihr aus den letzten Nummern unserer Fachzeitung ersahen habt, erfolgte ein Aufruf nach dem andern an die Eisen- und Metallgießer Deutschlands von den Formerwerkzeug-Fabrikanten bezw. Kollegen Schwach. Diese Aufrufe bringen nun die Fachvereinsvorstände in Versammlungen vor, wo Beschlüsse gefaßt werden, nur von der Firma Barth u. Maier, Cannstatt, das Werkzeug zu beziehen. Dieses halte ich für unrichtig. Wir haben hier in Leipzig-Blasow die Firma Hermann Schneider und in Leipzig-Indenau die Firma Franz Schelbe, welches auch Genossen sind und unterstützt sein wollen. Sie gehen ebenfalls mit den Formern solidarisch Hand in Hand und unterstützen ausgesperrte Former. Betreffs des letzten Aufrufs an uns, ersuche ich den Leipziger Metallarbeiter-Verein bezw. die Unterzeichner dafür zu sorgen, daß die Firma Franz Schelbe, Indenau, doch Leute von den 86 gemäßigten Metallarbeitern beschäftigen möge, indem keiner der jetzt dort Arbeitenden gemäßigter ist. Daraufhin muß sich jeder zielbewußte Former sagen, wir müssen von Allen kaufen, die mit uns Hand in Hand gehen, sich organisieren und keine falschen Vorpiegelungen machen. Also Kollegen, nun fordere ich Euch auf, bei Bedarf von Werkzeug dort zu kaufen, wo Ihr billiges, gutem Material, und nach Euerem Gutachten entsprechendes Werkzeug bekommt. Die Formerwerkzeugfabrikanten zc. sollen aber keine derartigen Aufrufe an die Former, wie sie jetzt in unserem Fachorgan gestanden haben, erlassen, sondern nur Geschäfts-Anzeigen. Aus diesen Aufrufen ersahen ich einen Brodbrot unter den Genossen und dieses muß unterlassen werden, denn es will jeder leben und wir müssen jeden leben lassen, der mit uns solidarisch Hand in Hand geht.

Mit kollegialem Gruß!

Hermann Pogel, Former, Leipzig-Blasow, Langestraße 24.

Geschäfts-Empfehlung.

Empfehle Freunden und Genossen mein gut eingerichtetes Restaurant, bestehend aus großen Speisewagen, Gesellschaftszimmer, Saal, Regeibahn, Garten mit Kolonade, auch Spielzeuge für die Kinder im Garten. Wein Bestehen wird es sein, stets gute Speisen und Getränke zu verabreichen. Jeden Sonntag Unterhaltung mit Musik.

Um zahlreichen Besuch bittet

achtungsvoll! Carl Mac, Halle a. S., Friedrichstr. 22, „Schloß Babelsberg“.

Hiermit fordere ich den Kollegen Müngener, Vorstand des Hamburger Formerfachvereins, auf, öffentlich bekannt zu machen, welcher Former Soltan es ist, der als Hamburger Streikbrecher zu verzeichnen ist, damit ich mich nicht als solchen ansehen zu lassen brauche.

Emil Soltan, Offenbach a. M.

Bei unserer Abreise nach Amerika sagen wir allen Mitgliedern des Osnabrücker Metallarbeiter-Fachvereins ein herzliches Lebewohl!

Wilhelm Hauck nebst Frau.

Allen Metallarbeitern empfehle ich

echt Hamb"urger Englisch-Pederhosen in allen Größen und Farben

- 1. Qualität (extra stark) 9 50
- 2. " " " 8 50
- 3. " " " 7 50

franko gegen Nachnahme. Siegfried Pelz in Nürnberg.